

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 3.00 RM., monatlich 1.00 RM.,
 wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus,
 vorauszahlbar. Einzeln 5 Pf. Sonntagsnummern
 mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postbezug: Monatlich
 1.00 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Litauen
 2.00 RM., für das übrige Ausland 4 RM.,
 monatlich. Postbestellungen nehmen
 an Dänemark, Holland, Luxemburg,
 Schweden u. die Schweiz. Eingetragene
 in die Postzeitungs-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Anzeigenpreis
 beträgt 1. die siebenzehnjährige Anzeigen-
 zeile 20 Pf. „Kleine Anzeigen“,
 das festgedruckte Wort 20 Pf. 1/2-
 wöchentlich 2 festgedruckte Worte, jedes
 zweite Wort 10 Pf. Einzelexemplare
 und Schließelanzeigen das erste
 Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.
 Woche über 15 Buchstaben zahlen für
 zwei Worte. Zeitungsgeldung 20 Pf.
Familien-Anzeigen 50 Pf.
 vollständige u. gemeinschaftliche Verzei-
 chnisse 40 Pf. die Zeile. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen
 4 Uhr nachmitt. im Hauptge-
 schäft 23.04, Lindenstraße 3
 gegeben werden. Bezahlung von 5
 Uhr bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. **Donnerstag, den 11. Oktober 1917.** Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die neue Schlacht in Flandern.

Sorge vor Frieden auf Kosten Rußlands.

Die „Iswestija“ gegen den „Vorwärts“.
 Stockholm, 10. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)
 Das Organ des Sowjet, die „Iswestija“, greift die deutsche Partei-
 meherei an, weil sie anscheinend den wahren Sinn der päpstlichen
 Aktion und der Antwort der Zentralmächte nicht verstanden habe.
 Das Schweigen der Antwortnoten über territoriale Fragen sei ver-
 dächtig. Ohne glatten Verzicht auf Annexionen hätte die Dis-
 kussion über Abrüstung und Schiedsgerichte keinen Zweck. Die „Is-
 westija“ behauptet weiter, der „Vorwärts“ habe in seinem
 Artikel „Stockholm und Rom“ geschrieben: „Es ist gleichgültig, ob
 der Frieden demokratisch und durch Sozialisten herbeigeführt, oder
 ein von Bourgeoisregierungen geschlossener imperialistischer Frieden
 ist.“ — Der Hintergedanke aller dieser Noten sei Annexions-
 müß auf Kosten Rußlands. Rußland finde im deutschen
 Proletariat keine genügende Unterstützung gegen einen imperia-
 listischen Frieden. Angesichts dieses drohenden Friedens hätten die
 Bolschewiki neulich ihren Widerstand gegen die Erhöhung der
 Heereskraft aufgegeben.
 Aus dem Bulletin des Sowjets geht hervor, daß die Er-
 regung der russischen Demokratie über die Gerüchte von einem
 Frieden auf Kosten Rußlands nicht gering ist. „Kohot-
 schaja Gozeta“ schreibt, das russische Proletariat müsse sich mit dem
 Weltproletariat zum Kampf für den Frieden und gegen reaktionäre
 Intrigen beider Koalitionen vereinigen.

Die Polemik der „Iswestija“ gegen den „Vorwärts“ ist ein
 Musterbeispiel dafür, wie durch eine verlogene Bericht-
 erstattung jedes Verständnis zwischen den sozial-
 demokratischen Parteien der verschiedenen Län-
 der verhindert wird. Weder in dem Artikel „Stockholm und
 Rom“ vom 17. August noch in einer anderen Nummer des „Vor-
 wärts“ hat ein Satz gestanden, der dem von der „Iswestija“ zitierten
 in Sinn und Wortlaut auch nur ähnlich wäre. In jenem Artikel
 war weiter nichts gesagt, als daß die Völker den Frieden begrüßen
 würden, komme er ihnen aus Rom oder aus Stockholm. Daß die
 deutsche Sozialdemokratie nicht daran schuld ist, wenn der Frieden
 bisher aus Stockholm nicht kommen konnte, weiß man
 auch in Rußland ganz genau. Man sollte in Rußland aber auch
 wissen, daß die deutsche Sozialdemokratie jedes Programm des
 Annexionismus auf das allerschärfste bekämpft und daß der „Vor-
 wärts“ unzählige Male geschrieben hat, die Entscheidung über das
 Schicksal der Bevölkerung der kriegsbedingten Gebiete müsse in Ver-
 bindung mit Rußland nach eigenen Wünschen ent-
 schieden werden. Da man das drüben nicht weiß, sagen wir es noch
 einmal. Die deutsche Regierung aber sollte mit der größten
 Schärfe und Entschiedenheit aussprechen, daß sie an einen „Frieden
 auf Kosten Rußlands“ nicht denkt.

Das neue russische Ministerium.

Petersburg, 9. Oktober. Petersburger Telegraphen-Agentur.
 Nach der Parteizugehörigkeit ist das neue Kabinett folgendermaßen
 zusammengesetzt: Drei Sozialrevolutionäre (Präsidentium,
 Wege, Landwirtschaft), vier Sozialdemokraten (Inneres
 samt Post und Telegraphie, Justiz, Arbeit, Verpflegung), drei un-
 abhängige Sozialisten (Krieg, Marine, öffentlicher Unter-
 richt), ein Radikaldemokrat (Finanzen), vier Kadetten
 (Handel und Industrie, öffentliches Unterwiesungswesen, Kultur,
 Staatskontrolle), zwei Parteiloze (Meuzeres und Präsidentium des
 Wirtschaftsministers).
 Der Minister für Handel und Industrie, Konowalow, ist
 zum Vizepräsidenten des Ministerrates ernannt worden.
 Die Umbildung der russischen Regierung in ein neues Koalitions-
 ministerium wird von der russischen Presse eifrig kommentiert.
 „Nesich“ sieht die jetzige Koalition als letzte Hoffnung an; falls sie
 fehlschläge, würde das Land unweigerlich Schauplatz der Untriede
 eines Lenin und seiner Freunde werden. „Iswestija“, das Organ
 des Arbeiters- und Soldatenrats, stellt mit Verdrigung fest, daß
 die bürgerlichen Elemente endlich einen ersten Versuch unter-
 nommen hätten, mit der Demokratie zur Verständigung zu ge-
 langen. Das Programm des neuen Kabinetts komme den zahl-
 reichen Forderungen der Demokratie entgegen, welche das Par-
 lament verwirklichen werde. „Dieko Karoba“, das Blatt der
 Sozialrevolutionäre, erkennt die Grundlagen des politischen Ab-
 kommens als vollkommen annehmbar für die revolutionäre Demo-
 kratie an und stellt fest, daß die russische Bourgeoisie nach der Be-
 wegung Kornilows entgegenkommender und geneigter zu einem
 Kompromiß geworden sei.
 Andere Blätter begrüßen zwar das Ende der Krisis, geben
 indessen der Besorgnis Ausdruck, daß das neue Kabinett nur eine
 Verzögerung und ein Aufschub von nur kurzer Dauer sei bis zu
 dem neuen allgemeinen Kongreß der A- und S.-Bläte, der in drei
 Wochen zusammenzutreten werde, um den Endkampf um die Macht
 zu beginnen.

Die neue Schlacht zwischen Bizschote und Ghelubelt — Geringer feindlicher Erfolg nur nördlich Poelkappelle — Südlich Poelkappelle alle Kampflinien gehalten.

Amlich, Großes Hauptquartier, 10. Oktober 1917. (W. T. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Secredgruppe Kronprinz Rupprecht.
 Auf dem Schlachtfeld in Flandern trafen gestern neben ein-
 britischen Divisionen wieder französische Truppen in den Kampf.
 Die gewaltige Kraftanspannung der beiden verbündeten West-
 mächte erschöpfte sich in tagelänger währenddem Ringen vor der
 Standhaftigkeit unserer Flandern-Kämpfer.

Die morgens nach härtestem Trommelfeuer vordringenden An-
 griffe bildeten die Einleitung zur Schlacht, die sich bei ununter-
 brochen bestiger Artilleriewirkung bis tief in die Nacht in
 fast 20 Kilometer Breite auf den Trichterfeldern zwischen
 Bizschote und Ghelubelt abspielte. Die Gegner warfen
 immer neue Kräfte in den Kampf, die mehrmals, an einzelnen
 Stellen bis zu sechs Mal, gegen unsere Linien anstürmten.

Südlich des Houthouster Waldes gewann der Feind bei
 Draagbant, Mangelaers, Seidhoel und am Bahnhof von Poel-
 kappelle etwa 1500 Meter an Boden, bis ihn der Gegenstoß
 unserer Reserven traf und seinen Anfangserfolg beschränkte.

Son Poelkappelle bis südlich von Ghelubelt
 haben unsere tapferen Truppen ihre Kampf-
 linien fest in der Hand; die wiederholten feindlichen An-
 griffe gegen diese 13 Kilometer breite Front sind sämtlich unter
 den schwersten Verlusten zusammengebrochen.

Bei den anderen Armeen war die Geschloßigkeit gering;
 nur an der Aisne verstärkte sich der Feuerkampf. Südlich der
 Straße Laon—Soissons vorstoßende französische Kompagnien
 wurden abgewiesen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.
Mazedonische Front.
 Südwestlich des Dojran-Sees warfen die Bulgaren mehrere
 englische Abteilungen, die nach längerer Artillerievorbereitung
 angriffen, zurück.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 10. Oktober 1917. Abends. Amlich.
 In Flandern wechselnd starke Feuerstätigkeit, am
 Chaume-Walde östlich der Maas für uns erfolg-
 reiche örtliche Infanteriekämpfe.
 Im Osten nichts von Bedeutung.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 10. Oktober 1917. (W. T. S.) Amlich wird
 verlautbart:
 Nixtends besondere Ereignisse.
 Der Chef des Generalstabes.

Petersburg, 9. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-
 Agentur.) Der Arbeiter- und Soldatenrat nahm nach
 der bereits gemeldeten Reivwahl seines Bureau eine maxima-
 listische Entschließung an, die sich gegen die Ko-
 alition der bürgerlichen Elemente wendet und der
 Versicherung Ausdruck gibt, daß der einüberstehende allgemeine
 Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte eine wirkliche revolutionäre
 Gewalt schaffen werde.

Petersburg, 9. Oktober. (Petersburger Telegraphen-Agentur.)
 Politische und diplomatische Kreise in Petersburg scheinen durch
 einen Brief, den der ehemalige russische Botschafter in Tokio und
 Washington, Baron Rosen, in dem Maximalisten-Blatte „Kot-
 waja Schisn“ veröffentlicht und dessen Aufnahme die anderen Blätter
 ablehnten, unangenehm berührt zu sein. Baron Rosen wirft
 der russischen Diplomatie vor, daß sie auf die ver-
 bündeten Mächte nicht genügenden Druck ausgeübt
 und die Frage der Verwirklichung des von der russischen revolutionä-
 ren Demokratie aufgestellten Grundsatzes Frieden ohne Annexionen
 und Entschädigungen sehr verzögert habe. Der Verfasser erklärt, diese
 zweideutige Haltung der russischen Regierung füge den Interessen
 des Landes einen nicht wieder gutzumachenden Schaden zu. Denn
 die Stimme der russischen Diplomatie werde
 mit jedem Monat des Krieges und der stets zu-
 nehmenden Herrschaft schwächer. Diese Doppel-
 züngelheit der russischen Politik in der Frage: Frieden oder Krieg,
 schreibt Baron Rosen, enthält vor der Nation zwei Lagen: das eine,
 bedeutsamere, erstrebt schließlich den Frieden, während das andere,
 aus einer unbedeutenden Minderheit bestehende, sich hartnäckig auf
 den Krieg bis zum Zerbrechen verweist.

Der schlecht beratene Kaiser.

Nach dem Sturze Bethmanns wurden dem Kaiser aus
 seiner Umgebung Tirpitz oder Bülow als Nachfolger
 vorge schlagen, beide lehnte er in dem richtigen Empfinden,
 daß sie politisch ganz unmöglich seien, ab. Die anonymen
 Ratgeber sahen nun ein, daß marfante Persönlichkeiten nach
 ihrem Geschmack keine Aussicht hatten und schoben statt der
 beiden allzu beschriebenen Blätter ein ganz unbeschriebenes
 vor. Der Kaiser akzeptierte den ihm sehr wenig bekannten
 Dr. Michaelis, weil er — man darf es wohl aussprechen
 — in seinem engeren Bekanntenkreis keinen geeigneteren
 Mann fand. Herr Michaelis nahm das ihm übertragene Amt
 in demselben Geiste an, in dem jener legendäre Leutnant,
 der keine Noten kannte, die Leitung einer Symphonie über-
 nahm, weil sein König es ihm befohlen hatte.

In dem Augenblick, in dem Herr Michaelis nicht mehr
 Reichskanzler sein wird, wird er seinen Feind haben. Er hat
 sich darüber getäuscht, inwieweit fehlende Eignung und Er-
 fahrung durch Willkürbewußtsein ersetzt werden können.
 Wenn auch die Feindschaften, die dem Deutschen Reich aus
 diesem Mißverständnis erwachsen, nicht gering sind: Irren
 ist menschlich, und man wird nicht vergessen, daß sich Herr
 Michaelis in einem engeren Pflichtenkreis als tüchtiger Mann
 erwiesen hat.

Daß er als Reichskanzler endgültig und vollständig un-
 möglich geworden ist, das braucht man nach den
 Sachverhältnissen des 9. Oktober wohl niemandem mehr be-
 weisen, wohl auch ihm selber nicht. Es darf nicht noch einmal
 vorkommen, daß der telegraphische Auslandsdienst gesperrt
 werden muß, weil der Kanzler des Deutschen Reichs in öffent-
 licher Reichstagsführung eine Rede gehalten hat, von deren
 wörtlicher Verbreitung man Schaden fürchtet. (Nachdem ein
 Schuß mit großem Mut abgefeuert ist, läuft man der Kugel
 nach, um sie wieder einzufangen!) Herr Michaelis muß sich
 durch schleunigen Rücktritt die Achtung, die ihm das Land
 für frühere Verdienste schuldet, wiedergewinnen; er muß
 durch einen geeigneten Nachfolger ersetzt werden.

Das Winkeln des Experiments zeigt die Unbrauchbar-
 keit der Methode. Wir zweifeln nicht daran, daß der Kaiser
 nach reiflicher Ueberlegung den besten Mann ausgesucht
 hat, dessen er nach dem bisherigen Verfahren habhaft werden
 konnte, und bleibt es bei diesem Verfahren, so muß nach
 Herrn Michaelis eben — nan ja, dann muß eben der
 Zweitbeste an die Reihe kommen. Dieses System der
 Auslese hat weder mit der natürlichen noch mit der künst-
 lichen Auslese nach Darwins Theorie irgend etwas gemein,
 denn es ist klar, daß dabei kein Hinaufwachsen zu höheren
 Stufen der Vollkommenheit stattfindet, viel eher wären da
 andere Vergleiche am Platze, die zu ziehen wir aus Gründen
 des Respekts unterlassen.

Der Fall Michaelis hat gezeigt, daß es
 nach dem bisherigen Verfahren der Kanzler-
 ernennung nicht geht. In dem Bekanntenkreis des
 Kaisers befinden sich keine geeigneten Kandidaten, und die
 Herren der Hofgesellschaft wissen auch keinen brauchbaren
 Mann heranzubringen. Was bleibt da anderes übrig, als
 den großen Sprung zu wagen und den dilettantischen Rat
 der Hofgesellschaft durch den erfahrenen kundiger Politiker
 zu ersetzen?

In diesen Zeiten, wo die Entscheidungen der Politik uns
 allen an die Nieren gehen, muß Kritik auch an faulerlichen
 Handlungen gestattet sein. Es ist im Volke nicht verstanden
 worden, daß der Kaiser bei der letzten Kanzlerernennung
 nicht den Rat der Volksvertretung einholte, und
 man meint allgemein, er hätte seiner Würde nicht das Ge-
 ringste vergeben, wenn er in diesem Falle gehandelt hätte,
 wie alle konstitutionellen Staatsoberhäupter der Welt, wie
 zuletzt z. B. der König von Schweden. Schweden ist
 dasjenige Land, dessen politische Verhältnisse unferen
 preußisch-deutschen noch am nächsten kommen, und doch hat
 der König es für selbstverständlich gehalten, über den Re-
 gierungswechsel, der durch die Wahlen notwendig geworden
 ist, mit den Parlamentariern Rat zu pflegen. Dem deutschen
 Kaiser erzählt man aber täglich: wenn er sich den gleichen
 Verfahrens bediene wie alle seine gefrönten und ungefrönten
 Kollegen in der ganzen Welt, so gebe er damit wer weiß wie
 löstliche Vorrechte preis und werde zum „Schattenkaiser“. Uns
 scheinen andere Gefahren dringender
 zu sein!

Der Kaiser befindet sich aber auch insofern im Irrtum,
 als er glaubt, daß der Reichstag mit der bisherigen Art
 der Kanzlerernennung einverstanden sei. In diesem ver-
 hängnisvollen Vertum trägt der Reichstag ein großes Stück
 Mitschuld. Seine Verantwortungslosheit, seine Reden-
 trägerei und Jaghaftigkeit konnten sehr leicht den Eindruck
 erwecken, als sei er froh, mit diesen brenzlichen Dingen nichts
 zu tun zu haben, und, wenn es schief gehe, über andere

rationieren zu können. (Was denn auf allen Seiten reichlich geschicht!) Würde sich der Reichstag auch bei dem nächsten Kanzlerwechsel passiv verhalten, so wäre das eine Drückbergerei, die er vor dem Lande nicht verantworten könnte.

Es ist darum notwendig, daß der Reichstag eine Form findet, um mit möglichst Einmütigkeit dem Irrtum entgegenzutreten, als ob seine Ausschaltung in den entscheidungsboldesten Augenblicken des Reichs nach seinem eigenen Sinn wäre. Er darf keinen Zweifel an seinem Bunde bestehen lassen, daß die Klaffen der Büchlein-System der Verantwortlichkeit geschlossen sind. Nach der Verfassung bedient sich der Kaiser bei allen seinen politischen Handlungen eines verantwortlichen Ratgebers — nur bei der allerwichtigsten nicht, nämlich wenn er einen neuen Ratgeber ernannt. Diese Lücke der Verantwortlichkeit muß durch Rechtsgewohnheit geschlossen werden in der Art, wie das in allen Ländern der Welt geschehen ist, also durch Zurückziehung der Parlamentsvertreter und durch die Anerkennung des Grundgesetzes, daß die Stellung der Regierung auf das Vertrauen des Parlaments gegründet ist.

Die Zeiten sind nicht danach, daß wir Experimente auf Experimente häufen und von Krise zu Krise taumeln könnten. Das bisherige Verfahren verfaßt — und es hat so gründlich verfaßt, wie es nur konnte —, dann muß es durch ein anderes, in der ganzen Welt anerkanntes und erprobtes ersetzt werden. Das muß von der Presse und auch vom Reichstag mit jenem Nachdruck ausgesprochen werden, der dem ungeheuren Ernst der Stunde entspricht.

Der Kampf um den „Toten Mann“.

Des Reichskanzlers Zusammenbruch.

Das Zeitungstudium am Mittwoch dürfte Herrn Dr. Michaelis darüber belehrt haben, daß es nunmehr für ihn Zeit ist, mit dem Kunststudium zu beginnen. Der Preis, den er in der Dienststation zusammen mit dem Marineminister v. Capelle abholte, drückt auf den Schützen selbst zurück. So gar ein großer Teil der rechtsstehenden Presse macht aus ihrer Unzufriedenheit mit dem mißglückten Theaterlauf kein Geheimnis. So schreiben die „Berliner Neuesten Nachrichten“, ein extrem-alledeutsches Organ:

Selbst was vielleicht in einem anderen Augenblick gut und Aug gewendet wäre, mußte gestern ungewöhnlich und ungeschicklich erscheinen. Wenn es dem Kanzler gelungen war, zu einem Verständigungsfrieden mit der Reichstagsmehrheit zu kommen, wenn man im Ausmaß die Möglichkeit gefunden hätte, den Konflikt zwischen Reichstag und Reichsregierung für den Augenblick zu beseitigen, was es da nicht mehr als ungeschickt, die schwere Anklage gegen Mitglieder der unabhängigen Sozialdemokratie in die Verhandlungen zu schleudern? Nichts, aber auch gar nichts zwang dazu, und die mißverständliche Ausdrucksweise des Kanzlers hatte nur zur Folge, die Lage zu verwirren.

Ein Teil der alledeutschen Presse, wie „Deutsche Tageszeitung“, „Tägl. Rundschau“ und „Kreuzzeitung“ suchen noch zu retten, was zu retten ist. Aber in dem Bewußtsein, daß der Reichsamt wohl keine Gründe gehabt hat, kein Verfahren gegen die drei Abgeordneten der Unabhängigen einzuleiten, sind sie mit ihren Anklagen sehr zurückhaltend und suchen nur mit sodenscheinigen Argumenten einen „moralischen Zusammenstoß“ zwischen den Ereignissen auf der Bloch- und der Agitation der Unabhängigen Sozialdemokratie zu konstruieren. Aber die erdrückende Mehrheit der Presse hat ein durchaus richtiges Gefühl dafür, daß es ein Ding der Unmöglichkeit ist, eine Anklage zu erheben auf Grund der unkontrollierbaren Aussage von Zeugen, die man erschaffen hat, ehe man mit der Anklage an die Öffentlichkeit trat. Eine schonungslose Beurteilung der Regierung bringt die nationalliberale „Rationalzeitung“, die in ihrer Mittwoch-Abendausgabe sagt:

Man wird sie (der Regierung) nicht einmal den schwachen Widerstandsgrund zubilligen können, sie habe in überreifer Unvorsichtigkeit gehandelt, denn die Regierung hat sich mit den Vorgängen, die gestern zur Sprache kamen, bereits vor einiger Zeit befaßt und sie hat sich schon damals Rat geholt, welchen Weg sie einschlagen solle. Der Regierung ist damals von verschiedenen Seiten dringendst nahegelegt worden, den Weg, den sie gestern wählte, zu vermeiden. Sie hat des Rates nicht geachtet. Sie hat gewagt, daß das Material, über das sie verfügt, zur Erhebung einer Anklage nicht ausreichte, sie hat gewagt, daß der Reichsamt nicht den Antrag stellen konnte, die Immunität der drei Abgeordneten aufzuheben, und sie hat dennoch so gehandelt, wie man es gestern erlebte.

Diese Anklagen eines offenbar Eingeweihten sind sehr beachtlich. Sie wie die Ausführungen der „Neuesten Nachrichten“ widerlegen auch das dumme Geschwätz der „Post“ und einiger anderer Blätter, daß die Erklärungen Capelles durch die Rede Dittmanns, der die hohen Strafen zur Sprache brachte, „provokiert“ worden seien. Selbst für die Alldeutschen hätte wohl die Antwort genügt, daß es sich nach Ansicht der Regierung auch um sehr schwere Vergehen gehandelt habe. Aber die Regierung des Herrn Michaelis wollte durchaus einen politischen Trumpf ausbilden, um die Aufmerksamkeit von dem eigentlichen Gegenstand der Verhandlungen abzulenken. Die völlig unmögliche Methode ihres Vorgehens vertritt auch die „Germania“, das Organ des Zentrums, die schreibt:

Der Gegenstand erfordert unseres Erachtens dringend eine gerichtliche Klärung, und wie heißen auch nicht an, zu sagen, daß wir es tatsächlich richtiger gefunden haben würden, wenn die Politiker dem Strafrichter mit dem Urteil nicht vorgegriffen hätten.

Von fortschrittlichen Blättern bezieht sich die mehr rechtsstehende „Postische Zeitung“, ein Lob, das sie am Dienstag Herrn Michaelis auf Grund des ersten Teils der Verhandlungen spendet hatte, schleunigst wieder zurückzunehmen. Sie bezeichnet das Vorgehen von Michaelis und Capelle als „den denkbar bedauerlichsten und schwersten Mißgriff“. Im „Berliner Tageblatt“ brandmarkt Theodor Wolff das Vorgehen der Regierung mit folgenden Worten:

Und was ist das für ein eigenartiges Justizverfahren, das der oberste Beamte des Reichs, der Reichskanzler, und nach ihm der Staatssekretär des Reichsministeriums, auf der Rednertribüne gegen diese Abgeordneten eröffnet hat? Wie — zwei Protokolle werden verlesen, sagen aus, daß sie von den Abgeordneten Material erhalten hätten, und sie werden nicht mit diesen Abgeordneten konfrontiert? Der Reichsamt stellt nicht den Antrag, die Immunität dieser Abgeordneten aufzuheben und die drei Reichstagsmitglieder den Protokollen gegenüberzustellen? Die Protokolle werden erlesen, und nachdem sie aus dem Leben ausgelöscht sind, nicht mehr Zeugnis ablegen können, wird — nicht etwa in einem Gerichtssaal, sondern, in einem gerade geeigneten schmeichlichen Augenblick, im Reichstage — ihre Aussage öffentlich hervorgeholt?

Das ist das Echo des Inlandes. Und das des Auslandes, das wir in wenigen Tagen erwarten dürfen? Graut Liebchen auch vor Toten?

Peru gegen Deutschland.

Berlin, 10. Oktober. Der Peruanische Gesandte hat dem Auswärtigen Amt eine Note übergeben, worin der Abbruch der diplomatischen Beziehungen Perus zum Deutschen Reich mitgeteilt wird. Gleichzeitig hat der Gesandte um Juststellung seiner Bässe gebeten.

Abbruch der Beziehungen zu Ecuador?

Saag, 10. Oktober. Reuters meldet aus Washington: Der Gesandte von Ecuador teilt mit, daß Ecuador beschloffen habe, den deutschen Gesandten in Peru offiziell nicht zu empfangen, wenn er sich nach Ecuador begeben. In dortigen diplomatischen Kreisen erblickt man in diesem Vorgehen Ecuadors den Abbruch der Beziehungen zu Deutschland.

Die deutschen Dampfer in den Häfen Uruguays.

New York, 9. Oktober. Reutersmeldung. Die Regierung von Uruguay hat das Parlament um seine Genehmigung zur Verwendung der in uruguayischen Häfen internierten deutschen Dampfer ersucht.

Die Entscheidung des französischen Sozialistenkongresses.

Bordeaux, 10. Oktober. (Meldung der Agence Havas.) Der Sozialistenkongress nahm den Antrag der Mehrheit mit 1552 Stimmen an. Der Antrag der Minderheit erhielt 831 Stimmen, derselbe Antrag mit einem Zusatz gegen die Kriegskredite 118 Stimmen bei 85 Stimmenthaltungen.

Ueber die Bedeutung dieser Entscheidung wird sich erst urteilen lassen, wenn der Inhalt des Antrages bekannt sein wird. Irreführend dürfte die Angabe sein, daß es sich um einen Antrag der Mehrheit schlechtweg handelt; denn der dem Kongress vorgelegte Antrag wurde in einem Ausschuss formuliert, dem 22 Reichstags- und 17 Minderheitsvertreter angehörten. Aus diesem Ausschuss wird ein Kompromißantrag hervorgegangen sein, der auf die Abstimmungsgegenstände Einfluß abte.

Die russischen Grüße nach Bordeaux.

Stockholm, 9. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Sowjet-Zentrale sandte dem französischen Sozialistenkongress in Bordeaux telegraphisch Grüße. Gleichzeitig hebt die Sowjet-Zentrale in der Depesche die Notwendigkeit des Wiederaufbaus der Internationale hervor. Die Arbeiterklasse stoße hierbei auf den Widerstand der herrschenden Klassen, welche den demokratischen Frieden und das Wachstum der Internationale fürchten. Es ist nicht ausgeschlossen, so heißt es in der Depesche weiter, daß die Imperialisten des ganzen Erdkreises hinter dem Rücken des Proletariats ein Komplott gegen die Demokratie schmieden. Inngst gingen Gerüchte über ein deutsches Friedensangebot an Rußlands Verbündete auf Kosten der Russen umher. Ein solcher Kriegsausgang wäre nicht nur die Niederlage der russischen Revolution, sondern der internationalen Demokratie. Die ganze russische Demokratie weist entrüstet solche Liquidierung des Krieges zurück und erhofft Unterstützung der Demokratie der ganzen Welt. Zur Vereitelung eines imperialistischen Friedens ist der energische Kampf des gesamten internationalen Proletariats unumgänglich notwendig. Mit Komilow ist die Gefahr der Gegenrevolution nicht beseitigt: sie nähert sich von der aus der Kriegverlängerung resultierenden innerpolitischen Lage. Ohne den baldigen demokratischen Frieden ist die russische Revolution außerst bedroht. Wir erwarten daher von dem französischen Proletariat die Unterstützung unserer Revolution, und zweifeln nicht, daß Bordeaux den französischen Beschluß, an den Verhandlungen in Stockholm teilzunehmen, bestätigt und die notwendigen Kampfmittel zu seiner Durchsetzung findet.

Bestimmter als vorsehende, von Axelrod und Goldenberg übermittelte Depesche lautet der von Axelrod namens des Menschewitschen Zentralkomitees übermittelte telegraphische Gruß. Aus dieser Depesche geben wir Nachstehendes wieder: Das französische Proletariat ist auf dem Kongress zu einem entscheidenden Wort über die Fortdauer der Weltrevolution berufen. Die russische Revolution ist in Todesgefahr. Die Fortdauer des Krieges vergrößert die Anarchie, stärkt die Gegenrevolution. Nur schleunigste allgemeine demokratische Friede ohne Kontribution und ohne Annexionen auf der Basis der Völkerrautonomie kann den Sieg der Revolution verbürgen. Die europäische Reaktion und das internationale Kapital sind in gleicher Weise an dem Fortschritt der russischen Revolution interessiert. Das internationale Proletariat aber muß die russische Revolution als ihre eigene Sache betrachten, da ihr Scheitern die kapitalistische Weltreaktion bedeuten würde. Zur Vernichtung der Revolution würde die europäische Reaktion nicht einmal vor dem Soudesfrieden auf Kosten der Russen zurückweichen. Wir drücken darum die Ueberzeugung aus, daß Bordeaux unbedinglich die Einberufung der Stockholmer Konferenz selbst gegen den Willen der imperialistischen Regierung beschließt.

Ein Gefangenenvogrom in Rußland.

Berlin, 10. Oktober. Laut „Reich“ vom 2./13. September ist ein großer Teil der Stadt Latschew, 606 Werst von Kasan, abgebrannt. Das Feuer ging von einem Hause aus, in dem etwa 100 bürgerliche Kriegsgefangene untergebracht waren. Den Flammen konnte kein Einhalt gehalten werden und ein beginnender Sturm warf die Funken auf den anderen Teil der Stadt. Legend jemand bringt das Gerücht aus, die gefangenen Oesterreicher hätten die Stadt angezündet und die vor Sared Anstöße Menge wirt sich auf die Wehrlosen. Auf den brennenden Straßen geht die Jagd los, auf den Weisen, in allen denkbaren Verstecken wird gesucht und verhaftet. Man ergreift, wie mit Rollen, Leinwand, Säbeln, Holzschellen, Steinen tierisch niedergeworfen, ein großer Teil, darunter auch deutsche Gefangene buchstäblich in Stücke gerissen. Weib und Mann, Mann und Frau, schanden die verblühten Körper. In der Nacht bröht der Brand auf, aber am anderen Tage wird die wahnsinnige Verfolgung fortgesetzt und der Rest der Gefangenen ermordet.

Das Ergebnis der finnischen Landtagswahlen.

Helsingfors, 9. Oktober. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nach dem vorläufigen Wahlergebnis wird sich der Landtag aus 95 Sozialdemokraten, 65 Mitgliedern des bürgerlichen Blocks, 22 Mitgliedern der agrarischen und 18 der schwedischen Partei zusammensetzen. Die Sozialisten erhielten insgesamt 316922, die Bürgerlichen 213502 Stimmen.

Die neue Schlacht in Flandern.

Englischer Heeresbericht vom 9. Oktober abends. Gestiger Regen ist gestern nachmittags und abends gefallen, wodurch der Boden sehr durchweicht und für den Vormarsch der Truppen sehr schwierig wurde. Trotz des stürmischen Wetters und der dumpfigen Bodenverhältnisse gelang es unseren Truppen, heute morgen um 5 Uhr 30 Minuten in Verbindung mit den Franzosen zu unserer Linken einen Angriff mit sehr erfolgreichen Ergebnissen vorzutragen. Die Angriffsfront erstreckte sich von einem Punkte südlich von Broodseinde bis St. Jansbeel eine Meile nordöstlich Bizicote. Auf der äußersten Rechten rückten australische Truppen auf dem Kamme des Hügelrückens östlich und nordöstlich von Broodseinde vor und sicherten alle ihre Ziele.

Zur Rechten des Zentrums rückte als dritte Linie eine Territorialdivision, die Panchester-, Orlancashire- und Lancashirefüßler-Regimenter umfaßte, eine Meile nordwärts längs des Hügelrückens in Richtung Passchendaele vor und nahm alle ihre Ziele unter den möglichsten und schwierigsten Umständen mit großer Entschlossenheit und Tapferkeit. Im Zentrum zwischen dem Hauptfortschritt gemacht, wobei viele besetzte Gebiete und betonierete Unterstände erobert wurden. Zur Linken des Zentrums vollendeten wir die Eroberung von Poellapelle.

Auf dem äußersten linken Flügel der britischen Angriffsfront nahmen englische, Walliser und irische Truppen sowie die Gardes alle ihre Ziele und gewannen den Rand des Houthouster Waldes fast 2 Meilen nordnordwestlich von Poellapelle. Auf unserem linken Flügel überschritten französische Truppen den Broodseinde-Pass, welcher mit Hochwasser ging, und gewannen gleichfalls den Rand des Houthouster Waldes, wobei sie alle ihre Ziele nahmen, darunter mehrere Weiler und besetzte Ortschaften. Ueber 1000 Gefangene sind bereits durch die Sammelloger gekommen.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 9. Oktober. Im Armeekanal wurden durch eines unserer Unterseeboote neuerdings vier tiefbeladene Dampfer versenkt, die alle beschossen waren.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Fahrt und Ende des Seeadler.

London, 10. Oktober. Reutersmeldung. Der „Daily Mail“ wird aus Sydney berichtet: Der Hilfskreuzer Seeadler hatte ungefähr 4000 Tonnen. Er verließ als norwegisches Holzschiff vermummt Deutschland. Die Bretter waren an Deck so aufgestapelt, daß innerhalb der Bretterwand Raum für die Mannschaft übrig blieb. Ein Torpedojäger hielt den Seeadler an, ließ ihn aber, da die Schiffspläne in Ordnung waren, passieren. Als der Hilfskreuzer den südlichen Teil des Atlantischen Ozeans erreichte, wurde das Holz über Bord geworfen und mit den Operationen begonnen. Die Besatzung erklärte, daß sie in kurzer Zeit Schiffe im Wert von 8 Millionen Pfund Sterling zum Sinken gebracht habe. Der Seeadler kam bis in die Nähe von Australien und fing dort ein Schiff ab, das mit Steinkohlen nach Honolulu unterwegs war. Nachdem der Hilfskreuzer acht Monate auf See gewesen war, war der Schiffskörper so reinigungsbedürftig geworden, daß der Kapitän das Schiff in der Bucht der Ropchajinsel auflaufen ließ. Die Reinigungsarbeiten machten gute Fortschritte, als eine Springflut den Hilfskreuzer ergriß und tief in den Korallenfand schleuderte.

Kleine Kriegsnachrichten.

Der Sultan von Ägypten ist am Dienstag nachmittag gestorben. Der „Times“ zufolge wurde der Bruder des Sultans Ahmed Fuad, zu seinem Nachfolger bestimmt. Es handelt sich um den Sultan, den England zu Beginn des Weltkriegs gegen den in der Türkei weilenden rechtmäßigen Abheide eingesetzt hat.

Reichstag.

125. Sitzung. Mittwoch, den 10. Oktober 1917, vormittags 10 Uhr.

Ein Antrag zur Strafverfolgung des Abg. Kopp (Sp.) wegen Vergehens gegen die Verordnung über Speisefette wird entsprechend dem Antrag der Geschäftsordnungscommission abgelehnt. Die Debatte über die

auswärtige Politik

Abg. Haugmann (Sp.):

Von einseitigen Eroberungszielen muß sich jedes Glied unseres Bundes fernhalten. Die Alldeutschen haben niemals die Macht in der Regierung gehabt, aber sie haben das Riesenpiel und die Gebärden der Regierung zum Teil mißbestimmt, und dadurch konnte den Völkern eine deutsche Gefahr an die Wand gemalt werden. Es muß eine

Reorientierung unserer Diplomatie

— Die überwiegende Mehrheit Deutschlands stimmt dem U-Boot-Krieg als einer notwendigen Abwehrmaßnahme zu. Der Hauptschuldige an der Verlängerung des Krieges ist Wilson mit seiner Töndung der englischen Hungerungsblockade, der zweite Hauptschuldige Lloyd George, der das eigene Ministerium fürzte, als Friedensbedingungen in ihm bemerkbar wurden. Seidmann-Hollweg hat stets die richtigen Ansichten vertreten, die neue Regierung hat zunächst seine Klarheit aufkommen lassen, ob sie den Standpunkt der Reichstagsmehrheit teilt; aber bei der Bewertung der Passnote hat sich der Reichskanzler völlig auf diesen Standpunkt gestellt. Wenn die Gegner jetzt Eliaß-Vorbringen als Kriegziel hinstellen, so haben sie den Kampf auf Tod und Leben angefaßt. (Beifall.) Die probozierenden Reden der Churchills usw. sollen nur verhindern, daß im eigenen Lande unsere Friedensangebote ein Echo finden. Da ist es richtig, ob es richtig ist, daß wir nur durch die Stimme sprechen, wie gestern der Staatssekretär v. A. Schimann, der nur den Diplomaten und nicht den Völkern gesagt hat, daß wir Belgien nicht behalten wollen. Die Alldeutschen sind die Vogelstrecke der Friedensstände und

die Schrittmacher der Kriegsverlängerer der Entente.

(Sehr gut! links.) Wir dürfen im Osten keine andere Politik machen wie im Westen. (Beifall l. u. r.)

Abg. Dr. Stresemann (natl.):

Der U-Boot-Krieg hat mehr geleistet, als von ihm erwartet wurde, die Erneuerung der englischen Flotte hält gegenüber dem zerstörten Schiffsraum nicht stand. Das erkennt man jetzt auch ziemlich allgemein in der ernsthaften englischen Presse an. Gewiß ist die weltpolitische Lage seit dem 1. Februar für uns komplizierter geworden, aber keineswegs allein als Folge des U-Boot-Krieges, sondern sicherlich auch durch die

Ungeklärtheiten unserer diplomatischen Vertretet

im Ausland. (Zustimmung links und bei den Nationalliberalen.) Einen Mann wie Tirpitz hätte Raum genug nicht mit dem Verräter Ballenstedt vergleichen dürfen. — Die Rede des Staatssekretärs Schimann war nach dem, was wir sonst in letzter Zeit von Regierungskreisen gehört haben, eine wahre Erquickung, wenn meine Freunde auch nicht überall den Gedankenängigen Schimmann zustimmen können. — Am 19. Juli haben wir der Friedensstunde nicht zugestimmt, weil wir fürchteten, sie könne mißverstanden werden.

Ungeheuerliche Gewaltmaßregeln im Eisenbahnverkehr.

Die preussische Eisenbahnverwaltung weis gegen die Verkehrsnot kein anderes Mittel als die gewalttätige Einschränkung des Verkehrs! Was sie zu diesem Zweck beschloffen hat und schon in allernächster Zeit ausführen wird, erfahren wir gestern in einer Pressekonferenz vom Ministerialdirektor Franke. Weil der gesteigerte Güterverkehr trotz inzwischen erfolgter Mehrung der Güterwagen und Lokomotiven schwer zu bewältigen ist, wird eine Einschränkung der Schnell- und Eilzüge für nötig gehalten. Ermahnungen zur Unterlassung von Reisen haben nichts genutzt — erklärte der Herr Ministerialdirektor — Entlastung sei aber nötig, um Kohle zu sparen, Maschinen und Personal zu schonen, die Pünktlichkeit des Zugverkehrs zu bessern und die den Güterzugverkehr störenden Verstopfungen der Eil- und Schnellzüge zu mildern: also muß, was das Publikum nicht freiwillig zugestehen will, mit Gewalt erzwungen werden. Reiseerlaubnischeine seien unzulässig, weil die Prüfung der Gesuche das Personal zu sehr belasten würde und die Entscheidungen nicht ohne Willkür getroffen werden könnten. Da bleibt nach Meinung der Eisenbahnverwaltung nichts weiter übrig, als eine Erhöhung der Fahrpreise für Schnell- und Eilzüge und die Sperrung des Fahrkartensverkaufs bei Ueberfüllung von ständig stark besetzten Personenzügen sowie die Beschränkung des Gepäckverkehrs durch Festsetzung des Höchstgewichts von 100 Pfund. Daneben dürfte eine Verminderung der Zugzahl an Sonntagen und die Einführung höherer Sonntagsfahrpreise — natürlich unter tunlichster Berücksichtigung des Erholungsbedürfnisses der Großstädter — von möhltätiger Wirkung sein. Wenn aber die Erhöhung der Fahrpreise für die Schnell- und Eilzüge das gewünschte Resultat haben sollte, so müsse sie möglichst kräftig ausfallen und im Durchschnitt ungefähr 100 Proz. betragen. Und so wird man denn ausschlagen auf Jahrgeld bis 5 M.: 3 M., über 5 bis 10 M.: 8 M., über 10 bis 15 M.: 13 M., über 15 bis 25 M.: 20 M., über 25 bis 35 M.: 30 M., über 35 bis 45 M.: 40 M. usw.

Daß diese bürokratischen Gewaltmaßregeln eine wesentliche Umgestaltung des Personenverkehrs auf unseren Eisenbahnen zur Folge haben werden, ist zweifellos. Daß sie aber eine Verminderung des Verkehrs bewirken könnten, dürfte außerhalb der Eisenbahnverwaltung kein Mensch für wahrscheinlich halten. Denn zum Vergnügen reist heutzutage niemand, zumal jetzt seit Beginn der kalten Jahreszeit, und schlechterdings notwendige Reisen müssen eben gemacht werden, auch wenn sie mit noch so hohen Kosten und Schikanen verbunden sind. Der Effekt der Maßregeln wird einfach darin bestehen, daß die Leute, die sich den Luxus der um 100 Prozent verteuerten Fahrkarten leisten dürfen, von jetzt ab in weniger stark besetzten Schnell- und Eilzügen bequem reisen können, während die minderbemittelte Bevölkerung sich in noch schlimmer überfüllte Personenzüge drängen muß — falls sie sich nicht durch die vorgesehene Sperrung des Fahrkartensverkaufs von der Fahrgelegenheit überhaupt ausgeschlossen sieht! Was schließlich die beabsichtigte Ersparung des Sonntagsverkehrs anbelangt, so bleibt es ein Geheimnis der Eisenbahnbehörde, in welcher Weise sie dabei das Erholungsbedürfnis des Großstädters berücksichtigen will. Soviel wir wissen, pflegen Sonntagsausflüge auf der Eisenbahn von den Bewohnern kleiner Landstädte kaum unternommen zu werden, jede Beschränkung und Verteuerung dieses Verkehrs könnte also immer nur die erholungsbedürftigen Großstädter treffen!

So stellt sich dieser neue Mas des Eisenbahnministers als eine der sinnlosesten und schädlichsten Maßnahmen dar, die eine lebensfremde Bürokratie jemals eronnen hat. Er wird nicht nur seinen praktischen Zweck vollständig verfehlen, sondern auch in weitestem Schichten der Bevölkerung eine ebenso starke wie berechtigte Verärgerung hervorrufen.

Groß-Berlin

Zur Diphtheriebekämpfung.

In der Berliner Korrespondenz weist Prof. Dr. Braun auf die große Sterblichkeit der verästelten Diphtherieerkrankungen und auf die verhältnismäßige Gürtelhaftigkeit früh behandelter Diphtherie hin. Als Beleg werden die Zahlen aus dem Krankenhaus Friedrichshain angeführt.

Dort betrug die Zahl der in den Jahren 1912/16 später als zwei Tage zur Serumbehandlung gelangten Diphtherieerkrankten 86 Proz. der Gesamtanzahl mit 63 Proz. aller Diphtherietodesfälle. Wie groß der Unterschied im Verlauf bei den früh und spät Behandelten ist, zeigt die weit höhere Todeszahl der verästelten Erkrankungen.

Es starben von den verästelten Fällen jeder fünfte, von den früh mit Serum behandelten starb jedoch nur jeder 40. Fall.

Es ist unbedingt notwendig, daß sich die Eltern sofort bei Anzeichen einer Halserkrankung an den Arzt wenden, um sich zu vergewissern, ob eine gutartige Krankheit oder Diphtherie vorliegt. In letzterem Falle müßte sofort die unbedingt notwendige Diphtherieserumbehandlung einleiten.

Außer der Behandlung des erkrankten Kindes erscheint es von größter Wichtigkeit, daß der Arzt den Schutzwirkung der Umgebung, bestehend hauptsächlich in der Schutzimpfung der Gesamtwirter, und dies vornehmlich mit Hilfe der städtischen Fürsorgedienstern, sorgfältig durchführt. Wie groß der Wert der Schutzimpfung ist, zeigen folgende Daten von Professor Braun. Die Zahl der Familien, die ins Krankenhaus Friedrichshain mehrere Kinder zur Aufnahme bringen mußten, war in den letzten 1/2 Jahren fast auf die Hälfte, die Todesfälle in ihnen aber auf weit über die Hälfte heruntorgegangen. Bei einer Jahresziffer von 5000—6000 Diphtherieerkrankungen liegen sich bei lächerlicher allgemeiner Durchsicht der Schutzimpfung wie in der Stadt Berlin jährlich etwa 800 bis 1000 weitere Erkrankungsfälle und die entsprechende Zahl Todesfälle verhüten. Da, wo die Schutzimpfung abgelehnt wurde, erkrankt die Gefahr weiterer Erkrankungen in der Familie mindestens zehnmal so groß.

Es sei an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen, daß der Gesichtspunkt, der früher oft in der Praxis die Durchführung der notwendigen Maßnahmen bei der Diphtherie verweilte, keinen Hindernisgrund mehr bildet, seit die städtischen Behörden die Kosten für die unentgeltliche Ausführung der Schutzimpfung und unentgeltliche Krankenhausbehandlung bei der weniger bemittelten Bevölkerung übernommen haben.

Krankenversorgung.

In Ergänzung der allgemeinen Bestimmungen des Kriegsernährungsamts über Krankenversorgung sind kürzlich die Bundesregierungen ersucht worden, in Zukunft die von den Trägern der sozialen Versicherung sowie von den Gemeinden und Gemeindeverbänden betriebenen „Genesungsheime“ hinsichtlich der vorzugsweisen Versorgung mit Lebensmitteln den Jünglingsheimen gleichzustellen, da bei den in ihnen untergebrachten Verlegten die alsbaldige Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit wesentlich davon abhängt, daß ihnen eine kräftige Ernährung zuteil wird. Es hat sich ferner als zweckmäßig erwiesen, den Vorschriften über die Versorgung der In-

Unsre ganze Zukunft

wird in dieser Gegenwart erobert. Um Großes geht's, um alles! Und wenn Du den letzten Groschen dem Vaterlande leihst, armfelig und kleinbleib's immer noch gegenüber dem, was draußen im Feld jeder einzelne leistet.

Also

fort mit törichter Aengstlichkeit, fort mit „Wenn“ und „Aber“, fort mit Klagen und Zaudern!

Rede nicht! Frage nicht!

Zeichne!

lassen von Krankenhäusern, Heilanstalten usw. zum Teil eine andere Fassung zu geben. Die betreffende Bestimmung lautet daher in ihrer neuen Fassung in Zukunft wie folgt:

Krankenhäuser, Heilanstalten, Genesungsheime und ähnliche ausschließlich der Krankenversorgung dienende Anstalten sind hinsichtlich der Lebensmittelversorgung ihrer Inassen als ein Haushalt zu betrachten. Den Anstaltsleitungen sind von den Kommunalverbänden Lebensmittelarten in solcher Anzahl auszubändigen, daß auf jeden Inassen die vorgeschriebenen Rationierungen entfallen. Nach Maßgabe der Zahl der an die Anstalten auszubändigen Lebensmittelarten erhöht sich die Zahl der versorgungsberechtigten Bevölkerung des Kommunalverbandes.

Bei der Aufnahme in die Anstalt sind den Kranken, soweit es sich um Personen aus dem Kommunalverband handelt, in dem die Anstalt liegt, die kommunalen Lebensmittelarten, soweit es sich um Kranke aus einem anderen Kommunalverbande handelt, die Lebensmittelarten-Arbeitsbescheinigung und die auf diesen vermerkte Anzahl von Reisbrotmarken, Reichsfleischmarken usw. abzunehmen. Arbeitsbescheinigung, Lebensmittelkarten, Reisbrotmarken usw. sind an den Kommunalverband des Anstaltsortes abzuliefern.

Die der Anstalt zugeleitete Lebensmittelarten haben im Gesamtwert der Anstaltsleitung zu verbleiben; sie dürfen nicht den Anstaltsinassen überlassen werden. Die Kommunalverbände haben dafür Sorge zu tragen, daß während des Aufenthalts des Kranken in der Anstalt der Haushalt dem der Kranke bisher angehört, im Bezuge von Lebensmittelarten entsprechend geführt wird. Nach der Entlassung aus der Anstalt ist den in Behandlung gewesenen Personen, falls sie Lebensmittelarten über den Zeitraum ihres Aufenthalts in der Anstalt hinaus abgelehrt haben, vom Kommunalverband des Anstaltsortes die entsprechende Zahl solcher Marken, Reisbrotmarken usw. wieder auszubändigen.

Warum kommt die Schrippe noch immer nicht?

Die Brotkartengemeinschaft Groß-Berlin hat sich in den letzten Tagen in mehreren Sitzungen mit den Fragen der Wehl- und Brotpreiserhöhung und der Brotlieferung durch Kartoffeln beschäftigt. Die Hoffnungen der Groß-Berliner Bürger und Hausfrauen aber, daß sie sich den allgemeinen Wünschen entsprechend auch mit der Wiedereinführung des 50-Gramm-Gebäcks, der beliebtesten Schrippe, befassen würde, ist leider nicht in Erfüllung gegangen. Und doch besteht hiernach geradezu ein öffentliches Bedürfnis. Es wird immer klarer, daß der Fettmangel im nächsten Winter sehr groß, viel größer als je bisher sein wird. Um so unabweisbarer wird die Forderung, der Bevölkerung ein Gebäck wieder zuzuführen, das auch ohne Fett und ohne jeden Zusatz genossen werden kann — die knusprige Schrippe, selbst wenn sie mit grauem Mehl hergestellt werden muß. Der augenblickliche Zustand, daß überall vor den Türen der Brotkartengemeinschaft Schrippen hergestellt und verteilt werden, nur im höchsten Grob-Berlin nicht, sollte schon aus kommunalpolitischen Gründen so schnell wie möglich beseitigt werden. Es müßte doch auch in Groß-Berlin möglich sein, wie es bis zum Herbst d. J. der Fall war, die Bevölkerung mit Brot ausreichend zu versorgen, selbst wenn man die Schrippe wieder eingeführt. Man kann und muß verlangen, daß die Brotkartengemeinschaft Groß-Berlin sich demnächst der Erörterung der Schrippenfrage zuwendet.

Nur ein Fleischgericht!

Nach der Bundesratsverordnung vom 31. Mai 1916 darf in Restaurationen jedem Gaste zu einer Mahlzeit nur ein Fleischgericht verabfolgt werden. Von zahlreichen Gastwirten wird diese Bestimmung dahin ausgelegt, daß sie sich lediglich auf solche Fleischspeisen bezieht, die dem Fleischartenzwang unterliegen. Diese Annahme ist unrichtig. Nach einer Mitteilung des Kriegswunderamts gehört unter diejenigen Fleischgerichte, von denen nicht mehr als zwei auf der Speisekarte aufgeführt und nicht mehr als eine an jeden Gaste abgegeben werden dürfen, auch das Fleisch von lartenreinem Geflügel, wie Gänse und Gänse, sowie das gegenwärtig marktfrei verkaufte Fleisch von Spanferkeln.

Zur Durchführung des Hausarbeitsgesetzes.

Amlich wird gemeldet: Durch kaiserliche Verordnung sind nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats die Paragraphen 3 und 4 des Hausarbeitsgesetzes, die eine unbillige Lohnbrückerie verhindern sollen, jetzt mit dem 1. Januar 1918 in Kraft gesetzt worden.

Diese Paragraphen bestimmen, daß in Räumen, in denen Arbeit für Hausarbeit ausgegeben, oder Arbeit solcher Personen abgenommen wird, den Hausarbeitern durch offene Auslage von Lohnverzeichnissen oder Aushängen von Lohnaufzählungen die Möglichkeit gegeben werden muß, sich über die für die einzelnen in diesen Räumen zur Ausgabe gelangenden Arbeiten jeweils gezahlten Löhne zu unterrichten. Ferner sind seitens des Auftraggebers und auf seine Kosten Lohnbücher oder Arbeitszeitblätter auszuhändigen, welche Art und Umfang der Arbeit, sowie die dafür festgelegten Löhne oder Preise zu enthalten haben.

Der Bundesrat ist durch das Gesetz ermächtigt, von diesen Bestimmungen auf Antrag Ausnahmen zu gewähren. Die Beteiligten haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und so mußte es durch umfangreiche Erhebung der Reichsleitung die Durchführung der Ausnahmeanträge nachgeprüft werden, bevor die §§ 3 und 4 des Gesetzes in Kraft gesetzt werden konnten. Durch die infolge des Krieges geschaffenen besonderen Verhältnisse wurden diese Arbeiten außerordentlich erschwert, so daß der Bundesrat erst jetzt endgültig über die gestellten Anträge auf Bewilligung von Ausnahmen entscheiden konnte. Die Zahl der gewährten Ausnahmen konnte gering sein. Der Inkraftsetzung dieser Paragraphen stand jetzt erfreulicherweise nichts mehr im Wege, so daß nunmehr das Hausarbeitsgesetz in allen seinen Teilen in Kraft treten konnte.

Um den Verpflichteten eine angemessene Frist zur Vornahme der erforderlichen Vorarbeiten, insbesondere zur Aufertigung von Aushängen aus den Geschäftsbüchern behufs Aufstellung der Lohnverzeichnisse oder Lohnaufzählungen zu lassen, ist der 1. Januar 1918 als Tag des Inkrafttretens bestimmt worden.

Die Heizung der Eisenbahnwagen wird in diesem Winter noch miserabler als im vorigen sein. Die Wagen sollen statt auf 12 bis 15 Grad nur auf 10—12 Grad erwärmt werden, um an Kohlen zu sparen. Beschäftigt ist, auf kurzen Fahrten die Heizung gänzlich einzustellen. Ungeheizt würden dann die Stadt- und Minazüge bleiben und wahrlich auch die Vorratzzüge. Tröstet sich die Eisenbahnverwaltung damit, daß in den maßlos überfüllten Zügen die zusammengepferchten Fahrgäste einander wärmen?

Freiwillige Schneeschipper vor! Um einen Ueberblick über die verfügbaren Kräfte zu gewinnen, werden im Landespolizeibezirk Berlin in den nächsten Tagen Erhebungen durch Listen in jedem Hause stattfinden, in die sich alle diejenigen einzutragen haben, die bereit sind, sich freiwillig bei der Schneebeseitigung im kommenden Winter zu beteiligen.

Mitteilungen über Vermigte und unbekannt Beschaffete. Auf dem Militär-Friedhof Powonski sind die in den Warschauer Lazaretten in Kriegsgefangenschaft verstorbenen Deutschen beisetzt. Da aber auf den Anzeigen und in den Listen der Truppenteile selten angegeben und die Namen teilweise sehr verstümmelt sind, ist eine Feststellung derselben nicht möglich. — Falls Verwundete, über deren Verbleib später nichts bekanntgeworden ist, aus den Warschauer Lazaretten den Angehörigen Nachricht geben, bittet das Warschauer Gouverneement um Mitteilung, da hierdurch das Schicksal mancher Vermigten aufgeklärt und mancher der hier unbekannt Bestatteten aufgeklärt werden kann.

Lichtspiele Lauenstein-Palast. Ein neuer Film von Rudolf Meinert, „Das Geheimnis der Pagode“, bildet das Rückgrat des Spielplans der am Freitag beginnenden Spielwoche. Ein lustiges Traumpiel von Hans Brenner, „Der papierne Peter“, und aktuelle Aufnahmen aus Riga und dem Großen Hauptquartier vervollständigen das Repertoire.

Charlottenburg, Kartoffelbelieferung. Die für die nächste Woche bestimmten 7 Pfund Kartoffeln pro Kopf können bereits in dieser Woche entnommen werden, zunächst haben die Händler jedoch die für diese Woche benötigten Mengen abzugeben.

Wilmerdorf, Lebensmittelkarten für Kommandierte. Mit Rücksicht auf die dringende gebotene Erhaltung von Heizungs- und Beleuchtungsmittein erfolgt die Ausgabe der Lebensmittelkarten an Kommandierte durch das Wilmerdorfer Lebensmittelamt (Wilhelmsstr. 114/115, 2 Treppen, Zimmer 15) in Zukunft nur noch werktäglich in der Zeit von 8—3 Uhr. — Die neuen Zuckerkarten, die wegen der bevorstehenden Reineintragung in die Zuckerkundenliste bereits früher ausgegeben werden, können für Kommandierte von Montag, den 15. Oktober, an abgeholt werden, sofern die für die Ausgabe benötigten Unterlagen bis Sonnabend, den 13. Oktober, früh 8 Uhr, beim Lebensmittelamt eingegangen sind.

Spandau, Lebensmittel. Die Ausgabe von Kartoffelbezugscheinen an die Haushaltungen der Straßen mit den Anfangsbuchstaben A und B bis Wachenallee-Kreuzstadt, die ihre besten Kartoffeln vom Vagnwagen selbst abholen wollen, findet Donnerstag und Freitag, 8 1/2 bis 2 Uhr, auf dem Flur des zweiten Obergeschosses des Rathauses statt. Am Nordhafen können Futtermöhren zum Preise von 4 M. für den Zentner bezogen werden. Die Befamtmachung, betreffend Gewährung einer Futterzulage für Milchzeuger, ist aufgehoben.

Friedrichshagen, Lebensmittel. Heute gefangt auf Abschnitt in der Eierkarte je ein Ei zum Preise von 30 Pf. zur Ausgabe. — Ferner wird der Verkauf von Heringen in der Durchfahrt des Rathauses in der Zeit von 8—5 Uhr fortgesetzt. Es folgen die Nummern der Lebensmittelkarte von 7001 bis Schluß. Ein Hering kostet 60 Pf.

Gewinnauszug der 10. Preussisch-Süddeutschen (236. Königlich Preussischen) Klassenlotterie 4. Klasse 2. Ziehungstag 10. Oktober 1917

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Table with 2 columns: Lot number and Prize amount. Includes entries like 134498 170806 171303 223162, 24 Gewinne zu 500 M., 7671 26914 29588 40593 62561, 70079 70610 99855 11391 183034 217454 220529, 70 Gewinne zu 400 M., 9619 16067 22248 22675 23671, 29265 38203 42470 61044 64776 71499 72258 76598 78915, 86712 96507 120993 121797 123270 141404 142215 153828, 154355 155353 156463 160944 164704 171174 180959 186316, 190038 202681 204858 206810 209372, 30 der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 100 M. gezogen: 2 Gewinne zu 100 000 M., 166852, 2 Gewinne zu 3000 M., 74587, 10 Gewinne zu 1000 M., 64817 125409 161616 173437 182159, 28 Gewinne zu 500 M., 27353 32600 43774 62404 101263 112704 124634 131797 141761 163172 182138 187989 203680 217440, 64 Gewinne zu 400 M., 2122 15445 19191 32644 37940 49003 51647 54247 55877 65944 69106 70395 73833 74423 76338 90202 115885 116187 121191 140182 144559 144831 146532 150811 158236 176906 177120 191402 201568 211207 219758 221476

Die Ziehung der 5. Klasse der 10.236. Klassen-Lotterie beginnt am 3. November 1917.

Gerichtszeitung.

Sie besaß nur unmoderne Kleider. Als Warnung für jene Damen, die trotz reichlichen Kleiderbarrats „nicht anzugieren“ haben, kann ein Fall dienen, mit dem sich die Strafkammer in Braunshweig zu beschäftigen hatte. Die Tochter eines Rentiers hatte, trotzdem sie schon reichlich mit Bezugscheinen bedacht worden war, auf ihr Aussehen hin auch noch einen Bezugschein für ein Kleid und für einen Mantel erhalten, und zwar auf Grund ihrer Angabe, daß sie derartige Kleidungsstücke nicht besitze. Eine in der Behausung vorgenommene Kleiderrevision förderte infolgedessen eine große Menge von Mänteln und Kleidern zutage. Das daraufhin gegen die Hausdame eingeleitete Strafverfahren verlor diese mit der Einrede zu entkräften, sie habe geglaubt, unmoderne Kleider brauche sie nicht mitzurechnen. Das Schöffengericht hielt ihr auch den guten Glauben zugute und sprach sie frei. Der Staatsanwalt legte jedoch Berufung ein, und in der erneuten Verhandlung wurde die angebliche Gutgläubigkeit der Kleiderhändlerin widerlegt und die Angeklagte zu einer Geldstrafe von 50 R. verurteilt.

Aus aller Welt.

Niesenüberflutungen in China.

Aus Shanghai wird gemeldet: Infolge einer gewaltigen Ueberschwemmung in Nordchina sind die Verbindungen mit Peking so

unsicher geworden, daß es vielleicht notwendig sein wird, die Hauptstadt zu verlassen. Es besteht kein Zweifel, daß die gewaltigen Ueberschwemmungen furchtbare wirtschaftliche und politische Folgen haben werden. Die Flüsse sind in Ströme von zwei Meilen Breite und 40 Fuß Tiefe verwandelt. Sie haben die Eisenbahn von Peking nach Hankau weggespült und am 22. September die europäischen Niederlassungen in Tientsin überflutet und den Ueberstrom des gelben Flusses durchdrungen. Ein dicht besiedeltes Gebiet von beinahe 20 000 (englischen) Meilen ist zu einem See von 8-10 Fuß Tiefe geworden. Wenn der gelbe Fluß definitiv in das Bredon von Tientsin mündet, wird Tientsin unbewohnbar werden und jedes Jahr einer Ueberschwemmung ausgesetzt sein.

Wahlberechtigung von Schweizer Frauen. Nach dem „Kirchenfreund“ sind unlängst in Bernier im Kanton Gené eine Neuwahl des protestantischen Pfarrers statt. Die Gemeinde zählt 343 stimmberechtigte Männer und 113 stimmberechtigte Frauen. An der Wahl nahmen 56 Männer, das heißt ein Sechstel der Stimmberechtigten teil, und 68 Frauen, d. h. etwas mehr als die Hälfte der weiblichen Stimmberechtigten.

Eingegangene Druckschriften.

Nieder vom Wege. Von Oscar Philipp. — Der Weidreißer. Erzählung von Dr. Josef Kranz. Von Carl Goldert. 1,90 R. — Angenruben-Verlag, Wien-Leipzig.

Untrüglicher Ratgeber für Pilzfischer. Von Walter H. Trapp. 1,60 R.
 Stützen aus meinem Kriegskindergarten. Von Emil Reul. 1,20 R. — Otto Neumann, Leipzig.
 Dunkelquartett. Von Anna Croissant-Rust. 1 R. — Kronen-Verlag, Berlin.
 Praktischer Führer durch die tierärztliche Heilbehandlung. X. XI. Der neue Arbeitsertrag. 80 Heller. — Ag. Brand u. Co., Wien.
 Kanis Kallisten über Krieg und Frieden. Von Dr. H. Koog. — Richte über den Krieg. Von Dr. H. Koog. — Falken-Verlag, Darmstadt.

Briefkasten der Redaktion.

3. 500. 1. Nach dem Auslande werden Sie jetzt keinen Tag bekommen. Ein solcher Brevier wird nicht gemacht. Es kommt auf die Höhe und Art der Strafe an. Eventuell ja. — H. S. 118. An den betreffenden Truppenteil direkt. Sie müssen aber die Genehmigung Ihres jetzigen Truppenteils haben. — 75. W. 101. 1. Nur wenn Sie durch die Verlobung besondere Aufwendungen gemacht haben. Im Klagewege. 2. Nein. — O. S. 6. Werden Sie sich an die Kostenstelle Berlin, Unterstraße — G. S. 26. Berufsgenossenschaften haben Umlagenverfahren auf Gegenseitigkeit. Es dürfte sich um einen sogenannten Nachschuß handeln. Bis zur Abmeldung haben Sie die Beiträge zu zahlen. — 2. W. 107. 1. u. 2. Ja. — H. S. 24. Ist ganz verstanden. Fragen Sie dort direkt an, um sicher zu gehen. — H. 100. Ja. An Ihren Arbeitgeber. — G. S. 16. 1. Ist üblich und meist im Vertrage vermerkt. 2. Ja, wenn die Beschäftigung als Kaufmännin so erheblich ist, daß die Ausbildung als Kaufmännin Angelegenheit dadurch gefährdet ist. Klage wegen Auflösung ist beim Kaufmännengericht einzulegen. — S. W. G. 1. Jurzeit etwa 0,64 R.

Lassen Sie Ihr Kind nicht zur Schule gehen,

bedenken Sie sich die Gesundheit verschaffen haben, daß es wirklich gut sehen kann.

An manchem schlechten Zeugnis sind nur die schlechten Augen schuld.

Die meiste Arbeit in der Schule wird mit Hilfe der Augen verrichtet.

Ein Kind, das nicht so gut sehen kann wie andere, ist im Nachteil und muß sich mehr anstrengen, um folgen zu können. Trotzdem tritt rascher die Ermüdung ein, oft sogar mit Kopfschmerzen verbunden, die Aufmerksamkeit läßt nach, und das Kind bleibt zurück.

Kommen Sie mit Ihrem Kinde zu uns. Wir prüfen kostenlos seine Sehkraft und verordnen mit Sorgfalt die passenden Gläser, falls solche nötig und nützlich für Ihr Kind sind.

Gute Brillen mit guten Gläsern für Kinder kosten von R. 5.50 an.

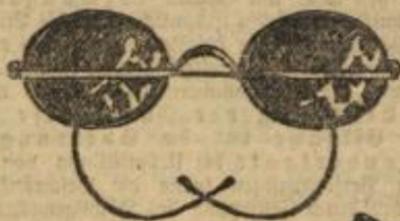
Wollen Sie lieber ein Paar Wartsparen, oder wollen Sie lieber Ihrem Kinde unnötige Aufwendungen und Verschwendungen ersparen?

Sie können mit Vertrauen zu uns kommen.

Ihre Kinder werden lieber dort kaufen, wo Sie große Auswahl und billige Preise finden. — Aber selbst wenn wir nicht die Billigsten wären, so dürfen Sie uns vergessen. Sie erhalten unsere große Garantie, und diese ist wohl wichtig beim Kauf von Brillen für Kinder, weil diese öfters etwas zerbrechen.

In der Garantiezeit erhalten Sie außer für Gläserbruch usw. alle Reparaturen umsonst.

Die Garantie dauert für Fassungen von R. 4.50 an ein Jahr, für bessere zwei und drei Jahre.



Sind's die Augen, Geh' zu Ruhmke!

Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet

Neu: Friedrich-Str. 106 Ecke Biegel-Str.

Schöneberg: Haupt-Str. 21 (am Kaiser-Wilhelm-Platz)

Optiker Ruhmke

SO. Dom-Str. 44 nahe Oranienburger

V. Schiller-Str. 113 Kommandantenstraße 57.

NW. Jägerstr. 130, N. Chaussee-Str. 13, Jägerstr. 130, West-Tiergarten-Str.

Charlottenburg: Jägerstr. 13, am Kurfürst-Platz, Jägerstr. 13, am Kurfürst-Platz

Wilmerdorf: Berliner Str. 132-3 a. b. Wilmersdorf

Direktion: Max Reinhardt. Deutsches Theater. 7 Uhr: Der lebende Leichnam. Freitag: Der leb. Leichnam.

Kammerspiele. 8: Eine glückliche Ehe. Freitag: Eine glückliche Ehe.

Volkshaus. Theater am Bülowplatz. Untergrund. Schön. Tor. 7 1/2 Uhr: Hedda Gabler. Freitag: Walkun der Weise.

Dir. G. Meinhart — R. Bernauer. Theater J. Königgrätzerstr. 7 1/2 Uhr: Der Katzensteg.

Komödienhaus. 7 1/2 Uhr: Die beiden Seehunde.

Berliner Theater. 7 1/2 Uhr: Die tolle Komtesse.

Warschauer Ballett. Anna Gaszowska Prima-Ballerina von der Groß. Oper in Warschau und Jan Trojanowski Hofballetten. von d. Kgl. Oper in Dresden. Dazu Neuer Varieté-Spielplan

Zipkus A. Schumann Letzte Saison in Berlin. Anfang 8 Uhr. Das unübertroffene neue Zirkus-Sport-Programm. 10 erstklassige Nummern 10 U. Madehura mit ihren Elefanten, Kamelen und Pferden. 8 Franeonis 8 und die übrigen Spezialitäten. Zum Schluss: Schützling.

APOLLO Friedrichstraße an der Kochstr. Dir. James Klein. Allabendlich 7 1/2 Uhr: Die Hochzeit des Maharradscha Theaterk. ununterbr. geöffnet. Sonntags: 2 Vorstellungen, 3 1/2 und 7 1/2 Uhr.

NATIONAL-THEATER 7 1/2 Uhr. Göpender Str. 68. Täglich bei ausverkauften Gängen: Das ist die Liebe! Operette in 3 Akten von Böllin. Musik von Walter Stronach. Total. ab 10-2 u. 6 Uhr (a. Tref.).

Theater für Donnerstag, 11. Oktober. Central-Theater, Kommandantenstraße 57. 7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin

Deutsches Opernhaus. 7 Uhr: Orpheus in der Unterwelt

Friedrich-Wilhelmst. Theater. 7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.

Kleines Theater. 7 1/2 Uhr: Bürger Schippel.

Komische Oper. 7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.

Lustspielhaus. 7 1/2 Uhr: Die blonden Mädels vom Lindenhof.

Neues Operettenhaus. Schiffbd. 4a, Kassent. Nd. 281. 7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

URANIA 8 Uhr: Das Oberengadin und der Spögen.

Büsch. Tägl. 7 1/2, Stg. 3 1/2, u. 7 1/2 U. Medl. d. Ritzel am Magnet. Die lustigen Scherenscheifer. 3 Borkums. De Wynn und Jerome auf der schwankenden Tischpyramide. Puppchen. Operettenparade, usw. usw. Zum Schluss: Die 3 Pierrots. Ein lustiges Spiel.

Admirals-Palast. Die Novität Abrakadabra. Großes phantastisches Ballett auf dem Eis. 7 1/2 U. Vorzügl. Küche.

Palast. Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2, u. 7 1/2 U. Der lustige Witwer. Schwank mit Wilhelm Harstein. Ferner: 10 Deutsch-Polnische Tänze, Hansi Immans weiße Daedel, 9 Ocleres, 2 Burghair's Demokritos, 2 Lanson's.

Trianon-Theater. Georgenstr., Bld. Friedrichstr. 7, 8 U. Allabendlich 7 1/2, 8 U. Der Lebensschüler. Schauspiel von Ludwig Felds. Kaiser-Titz, Ida Wüst, v. Möllendorff, Kettner, Flink. Sonntag 3 1/2: Johannistfeuer.

Palast. Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2, u. 7 1/2 U. Der lustige Witwer. Schwank mit Wilhelm Harstein. Ferner: 10 Deutsch-Polnische Tänze, Hansi Immans weiße Daedel, 9 Ocleres, 2 Burghair's Demokritos, 2 Lanson's.

Palast. Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2, u. 7 1/2 U. Der lustige Witwer. Schwank mit Wilhelm Harstein. Ferner: 10 Deutsch-Polnische Tänze, Hansi Immans weiße Daedel, 9 Ocleres, 2 Burghair's Demokritos, 2 Lanson's.

Palast. Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2, u. 7 1/2 U. Der lustige Witwer. Schwank mit Wilhelm Harstein. Ferner: 10 Deutsch-Polnische Tänze, Hansi Immans weiße Daedel, 9 Ocleres, 2 Burghair's Demokritos, 2 Lanson's.

Palast. Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2, u. 7 1/2 U. Der lustige Witwer. Schwank mit Wilhelm Harstein. Ferner: 10 Deutsch-Polnische Tänze, Hansi Immans weiße Daedel, 9 Ocleres, 2 Burghair's Demokritos, 2 Lanson's.

Palast. Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2, u. 7 1/2 U. Der lustige Witwer. Schwank mit Wilhelm Harstein. Ferner: 10 Deutsch-Polnische Tänze, Hansi Immans weiße Daedel, 9 Ocleres, 2 Burghair's Demokritos, 2 Lanson's.

Palast. Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2, u. 7 1/2 U. Der lustige Witwer. Schwank mit Wilhelm Harstein. Ferner: 10 Deutsch-Polnische Tänze, Hansi Immans weiße Daedel, 9 Ocleres, 2 Burghair's Demokritos, 2 Lanson's.

Palast. Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2, u. 7 1/2 U. Der lustige Witwer. Schwank mit Wilhelm Harstein. Ferner: 10 Deutsch-Polnische Tänze, Hansi Immans weiße Daedel, 9 Ocleres, 2 Burghair's Demokritos, 2 Lanson's.

Palast. Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2, u. 7 1/2 U. Der lustige Witwer. Schwank mit Wilhelm Harstein. Ferner: 10 Deutsch-Polnische Tänze, Hansi Immans weiße Daedel, 9 Ocleres, 2 Burghair's Demokritos, 2 Lanson's.

Palast. Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2, u. 7 1/2 U. Der lustige Witwer. Schwank mit Wilhelm Harstein. Ferner: 10 Deutsch-Polnische Tänze, Hansi Immans weiße Daedel, 9 Ocleres, 2 Burghair's Demokritos, 2 Lanson's.

Metropol-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.

Residens-Theater. 7 1/2 Uhr: Dyckerpotts Erben.

Schiller-Theater O. 7 1/2 Uhr: Johannes.

Schiller-Th. Charl. 7 1/2 Uhr: Die Distel.

Thalia-Theater. 7 1/2 Uhr: Egon und seine Frauen.

Theater am Nollendorplatz. 3 1/2 Uhr: Maria Stuart. 7 Uhr: ...

Theater des Westens. 7 1/2 Uhr: Der verliebte Herzog mit Guido Thielscher.

Voigt-Theater. 8 Uhr: Der Mann seiner Frau.

Palast. Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2, u. 7 1/2 U. Der lustige Witwer. Schwank mit Wilhelm Harstein. Ferner: 10 Deutsch-Polnische Tänze, Hansi Immans weiße Daedel, 9 Ocleres, 2 Burghair's Demokritos, 2 Lanson's.

Palast. Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2, u. 7 1/2 U. Der lustige Witwer. Schwank mit Wilhelm Harstein. Ferner: 10 Deutsch-Polnische Tänze, Hansi Immans weiße Daedel, 9 Ocleres, 2 Burghair's Demokritos, 2 Lanson's.

Palast. Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2, u. 7 1/2 U. Der lustige Witwer. Schwank mit Wilhelm Harstein. Ferner: 10 Deutsch-Polnische Tänze, Hansi Immans weiße Daedel, 9 Ocleres, 2 Burghair's Demokritos, 2 Lanson's.

Palast. Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2, u. 7 1/2 U. Der lustige Witwer. Schwank mit Wilhelm Harstein. Ferner: 10 Deutsch-Polnische Tänze, Hansi Immans weiße Daedel, 9 Ocleres, 2 Burghair's Demokritos, 2 Lanson's.

Palast. Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2, u. 7 1/2 U. Der lustige Witwer. Schwank mit Wilhelm Harstein. Ferner: 10 Deutsch-Polnische Tänze, Hansi Immans weiße Daedel, 9 Ocleres, 2 Burghair's Demokritos, 2 Lanson's.

Palast. Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2, u. 7 1/2 U. Der lustige Witwer. Schwank mit Wilhelm Harstein. Ferner: 10 Deutsch-Polnische Tänze, Hansi Immans weiße Daedel, 9 Ocleres, 2 Burghair's Demokritos, 2 Lanson's.

Palast. Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2, u. 7 1/2 U. Der lustige Witwer. Schwank mit Wilhelm Harstein. Ferner: 10 Deutsch-Polnische Tänze, Hansi Immans weiße Daedel, 9 Ocleres, 2 Burghair's Demokritos, 2 Lanson's.

Palast. Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2, u. 7 1/2 U. Der lustige Witwer. Schwank mit Wilhelm Harstein. Ferner: 10 Deutsch-Polnische Tänze, Hansi Immans weiße Daedel, 9 Ocleres, 2 Burghair's Demokritos, 2 Lanson's.

Palast. Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2, u. 7 1/2 U. Der lustige Witwer. Schwank mit Wilhelm Harstein. Ferner: 10 Deutsch-Polnische Tänze, Hansi Immans weiße Daedel, 9 Ocleres, 2 Burghair's Demokritos, 2 Lanson's.

Palast. Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2, u. 7 1/2 U. Der lustige Witwer. Schwank mit Wilhelm Harstein. Ferner: 10 Deutsch-Polnische Tänze, Hansi Immans weiße Daedel, 9 Ocleres, 2 Burghair's Demokritos, 2 Lanson's.

Palast. Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2, u. 7 1/2 U. Der lustige Witwer. Schwank mit Wilhelm Harstein. Ferner: 10 Deutsch-Polnische Tänze, Hansi Immans weiße Daedel, 9 Ocleres, 2 Burghair's Demokritos, 2 Lanson's.

Palast. Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2, u. 7 1/2 U. Der lustige Witwer. Schwank mit Wilhelm Harstein. Ferner: 10 Deutsch-Polnische Tänze, Hansi Immans weiße Daedel, 9 Ocleres, 2 Burghair's Demokritos, 2 Lanson's.

Palast. Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2, u. 7 1/2 U. Der lustige Witwer. Schwank mit Wilhelm Harstein. Ferner: 10 Deutsch-Polnische Tänze, Hansi Immans weiße Daedel, 9 Ocleres, 2 Burghair's Demokritos, 2 Lanson's.

Rose-Theater. 7 1/2 Uhr: Der Weiberfeind.

Walhalla-Theater. 7 1/2 Uhr: Zigeuner.

Reichshallen-Theater. 7 1/2 Uhr: Stettiner Sänger.

Reichshallen-Theater. 7 1/2 Uhr: Stettiner Sänger.

Reichshallen-Theater. 7 1/2 Uhr: Stettiner Sänger.

Reichshallen-Theater. 7 1/2 Uhr: Stettiner Sänger.

Casino-Theater. 8 Uhr: Der Mann seiner Frau.

Casino-Theater. 8 Uhr: Der Mann seiner Frau.

Casino-Theater. 8 Uhr: Der Mann seiner Frau.

Casino-Theater. 8 Uhr: Der Mann seiner Frau.

Casino-Theater. 8 Uhr: Der Mann seiner Frau.

Casino-Theater. 8 Uhr: Der Mann seiner Frau.

Casino-Theater. 8 Uhr: Der Mann seiner Frau.

Casino-Theater. 8 Uhr: Der Mann seiner Frau.

Casino-Theater. 8 Uhr: Der Mann seiner Frau.

Casino-Theater. 8 Uhr: Der Mann seiner Frau.

Casino-Theater. 8 Uhr: Der Mann seiner Frau.

Casino-Theater. 8 Uhr: Der Mann seiner Frau.

Casino-Theater. 8 Uhr: Der Mann seiner Frau.

Casino-Theater. 8 Uhr: Der Mann seiner Frau.

Casino-Theater. 8 Uhr: Der Mann seiner Frau.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied der Ortsverwaltung, der Kollege Paul Hänsel

plötzlich verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 13. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Salsob-Strichhofes in Neudöln, Hermannstraße.

Wir erwarten, daß die Kollegen sich zahlreich beteiligen.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsbüro Berlin. N 54, Linienstraße 83-85.

Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr. Telefon: Amt Ruden 185, 1289, 1987, 9714.

Donnerstag, den 11. Oktober 1917, abends 8 Uhr: Versammlung aller in der Benzin- und Petroleumbranche beschäftigten Klempner

in Heinrichs Festsälen, Große Frankfurter Str. 30.

Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern.

2. Diskussion. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert, daß jeder Kollege in dieser Versammlung erscheint.

Die Ortsverwaltung.

Spezialarzt Dr. med. Colmann f. Geschlechtskrankh., Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervös. Schwäche, Belinckranke, Ehrlich-Hata-Kuren (Dauer 12Tage). Behandl. schnell, sicher u. schmerzlos ohne Berufsstörung in Dr. Homeyer & Co. konz. Labor. f. Harnunters., Fäden im Harn usw.

Friedrichstr. 81, Panoptik. Königstr. 56/57, gegenüber Rathaus.

Spr. 10-1 u. 3-5, Sonnt. 10-1. Honorar mäßig, a. Teilzahl. Separates Damszimmer.

Spezialarzt Dr. med. Laabs. 65, schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Berufsstörung. Geschlechtskrankheit, geheimes Haut-, Harn-, Frauenleiden. Schwäche, Urethritis, Harn- u. Ehrlich-Hata-Kuren. Harn- u. Blutuntersuchung.

Königstr. 84/86, gegenüber Rathaus.

Spr. 10-1 u. 3-5, Sonnt. 10-1

Ihren Freunden u. Genossen Paul Hennig und Frau

Strelitzer Str. 36 bringen zur heutigen Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche dar.

Die Vorstandsmitglieder des Soz. Vereins für Berlin V.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsbüro Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schleifer Paul Hänsel

am 2. d. M. gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 13. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Salsob-Strichhofes in Neudöln, Hermannstraße, aus statt.

Regge Beteiligung wird erwartet.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher Max Neubauer

Blumenstr. 27 am 7. d. M. gestorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Salsob-Strichhofes in Neudöln, Hermannstraße, aus statt.

Regge Beteiligung wird erwartet.

Nachruf. Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schleifer Ernst Bäder

Friedrichshagen am 17. Sept. gestorben ist. Ihre Ihren Absichten! 189/90 Die Ortsverwaltung.

Zigaretten, Zigarren, Zigarillos liefert nur ein Bestraucher Ernst Schrimpe

237/12 Osnabrück.

Asthma mit Husten, anfalls u. starker Verkeimung. Endet wirksame Hilfe durch Heilmittel. Beste Asthmamedikation, beruht durch ihre Wirkung. Zahlr. Erfolgsergebnisse. Gr. Pl. 1, 30 Ode Reichel, Berlin 43, Eckenbastei, 4

Spezial-Arzt Dr. med. Haedicke

Harn-, Haut-, Geschlechtst., Syphil. (Behandlungsd. 12 T.), Blutunters. Ehrlich-Hata-Kuren (Salvarsan)-K. Mod. schmerzlose Behandlung u. Berufsstörung. Mäßige Preise. Teilzahlung.

Friedrichstr. 107-108 a. Mohrenstr. (Untergrund).

Spr. 10-1 u. 3-5, Sonntags 11-1

Spezial-Arzt Dr. med. Haedicke

Harn-, Haut-, Geschlechtst., Syphil. (Behandlungsd. 12 T.), Blutunters. Ehrlich-Hata-Kuren (Salvarsan)-K. Mod. schmerzlose Behandlung u. Berufsstörung. Mäßige Preise. Teilzahlung.

Berliner Konzerthaus
 Heute:
Großes Konzert
 des Berliner Konzerthaus-Orchesters
 Leiter: Komponist Franz von Blon.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7 1/2 Uhr.
 An allen Wochentagen Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt und voller Orchesterbesetzung.

Die Kornilow-Tage.

In dem "Boten der russischen Revolution", dem Auslandsorgan der Bolschewiki, gibt Antonow folgende Schilderung aus den bewegten Tagen der Konterrevolution in Petersburg:

Samstag, den 9. September. Der Vollzugsausschuss der Sowjets organisiert Meetings und Sammlungen zur Halbjahresfeier der Revolution. Aber schon vom Morgen an fallen auf die Stadt Schüsse, die nichts Gutes verkünden. Es schleichen dunkle Gerüchte und erfüllen die Arbeiterkorps mit Angst, die reichen Viertel mit Erwartung. Auf den Meetings halten sich unruhige Massen zusammen. Die Redner des Vollzugsausschusses machen Andeutungen über Generäle, die der Regierung irgendein Ultimatum gestellt haben; sie sagen, gegen Petrograd eile eine "wilde" Division, die Regierung greife zu einschüchternen Mitteln, um die Konterrevolution zu beugen. Abends werde der Kriegszustand in Petrograd eingeführt. Aber die Arbeiter und Soldaten sollen sich nicht beunruhigen — erklären die Redner —, sie werden durch diese Maßregel nicht berührt. Die Arbeiter fragen erstaunt: wer leitet diese Vorbereitungen, wesswegen wurden erst vor ein paar Tagen aus Petrograd drei revolutionäre Regimenter nach der Rigauer Front ohne Waffen abgeführt zum Ausheben der Schützengräben? Auf alle diese Fragen haben die offiziellen Sowjetredner keine Antwort. Sie fordern nur rücksichtsloses Vertrauen zu den "Führern der revolutionären Demokratie", sie fordern zur Einigung aller revolutionären Kräfte im Augenblick der Gefahr auf. Dann... erklären sie die Meetings für geschlossen. Es sollen keine Diskussionen stattfinden. Aber die Arbeiter sind empört, folgen nicht. Unter anderem Vorhitz werden die Meetings neu eröffnet. Es ergießen sich bittere, leidenschaftliche Reden gegen die Politik, die die Revolution an den Abgrund gebracht hat. Heute haben die Bolschewiki das Wort.

Montag, den 10. September. Die Zeitungen sind erschienen als Extrablätter. In den Arbeiterquartieren werden vor den Verkaufsstellen lange "Schlangen". Alles ist aufgewühlt, empört: "Tod, Tod — Kornilow!" — hört man. In den Fabriken Versammlungen: "Waffen! Waffen!" — hört es von allen Seiten. Es werden Kantonlampenorganisationen organisiert, in den Kantonen beständige Wachen aufgestellt. Die Kantonvertreter eilen in den Sowjet, ins Smolny-Institut. Dort ist das Kernzentrum.

Inruhe erweckende Nachrichten. Die Frontkommandierenden sind auf die Seite Kornilows getreten. Seine Truppen haben schon Luga eingenommen, sie nähern sich Gatschina, ein Zusammenstoß mit den revolutionären Truppen ist schon erfolgt, die "wilde" Division hat die Front durchbrochen... Die Deutschen haben ein höllisches Feuer auf Dornitz eröffnet...

Die schwarzen Kräfte erheben ihr Haupt. Die Kadetten sind aus der Regierung ausgetreten und fordern Vergebung mit Kornilow. Die Militär-Liga hat eine Forderung erlassen: "Auf der Wacht", die zur Unterdrückung Kornilows auffordert. Die Fähnrichschulen stehen auf Seiten Kornilows. Der Generalkommandant ruft zum Kampf. Das alles wird im Sowjet erzählt.

Es versammeln sich die Vertreter der Kadettenkomitees, die bolschewistischen Sowjetmitglieder: überall ungebrochener Kampfesgeist. In ihre Adern ergießt sich der Kampfesgeist der Arbeiterkorps. In der Sitzung des Zentralkomitees der Sowjets erörtern laut und bestimmt der Wille der Arbeiterdemokratie: es erklärt der Ruf nach der revolutionären Gewalt, die die Reste der Konterrevolution ausreißt, den Bauern den Grund und Boden gibt, die Industrie unter die Kontrolle der Arbeiterorganisationen stellt, die Armee demokratisiert. Eine Regierung ist nötig, die die Konterrevolution entwaffnet, die Arbeiter bewaffnet. Aber der Geist des Kompromisses lebt noch im Smolny-Institut. Die Mehrheit der Zentralkomitees der Sowjets schwankt und nimmt die ausweichende Resolution an: Kerenski soll eine Regierung bilden, die vor dem Zentralkomitee der Sowjets und einer händigen Verwaltung aller "lebendigen Kräfte" — mit Ausnahme der Mitglieder der vier Dumas — verantwortlich sein wird. Kerenski lehnt diese Vorschläge ab, er will die Regierung dem Zentralkomitee überlassen, er will oder dann jede Verantwortung ablehnen. Das Zentralkomitee verliert angesichts der Drohung Kerenskis den Kopf. Aber es wagt auch nicht der Bildung des Direktoriums durch Kerenski zuzustimmen. Es nimmt keinen Beschluß an. Jenelei sagt im Privatgespräch zu den Bolschewiki: "Eure Stunde kommt. Es war Euch bestimmt, zur Regierung zu gelangen. Nun, wir werden Euch wieder helfen noch können."

Ein Komitee zum Kampf gegen die Konterrevolution wurde gebildet. Die Militärabteilung des Zentralkomitees spricht sich für die Bewaffnung der Arbeiter aus. Aber das Zentralkomitee spricht sich gegen die Entlassung der Bolschewiki aus: in ihrer Mehrheit sind es Soldaten und Offiziere!

Im Smolny-Institut wachsen die Gerüchte wie Pilze nach dem

Regen, sie verbreiten sich in der ganzen Stadt. Die Vorhände fliegen. "Waffen! Waffen!" — so hört es immer leidenschaftlicher.

Da, sie rühten sich. Nachts erfolgten Verhaftungen von Konterrevolutionären, es werden einige ihrer Wohnungen geschlossen. Die Vertreter des Zentralkomitees der Sowjets sind in den Generalstab eingetreten, der schärflichst irgend was gegen Kornilow unternimmt. Sie sind zwecks gemeinsamer Arbeit eingetreten, nicht zwecks Reinigung des Stabes von den konterrevolutionären Elementen — wie sich Martow ausgedrückt hat. Das Zentralkomitee handelt auf eigene Faust. Die Regierung folgt ihm langsam, legt ihren Stempel auf seine Beschlüsse. Das Zentralkomitee hat 300 Telegramme aus der Provinz erhalten: alle sind bereit zum Kampfe. Aber das Zentralkomitee wankt und schwankt. Kerenski wiederholt dieselben Bewegungen — die Regierung bleibt ohne Kopf. Es kommen beruhigende Nachrichten aus der Provinz. Die Armeekomitees haben sich auf der Höhe gezeigt, sie verhaften die Generäle, die auf Seiten Kornilows stehen, sie umzingeln das Hauptquartier. Die Heere Kornilows sind abgeschnitten vom Hauptquartier, aber sie bewegen sich nach auf Petrograd. Die Arbeiter haben die Schützengräben um die Stadt aus, bauen Stacheldrahtergräben und warten mit Ungeduld auf die versprochenen Waffen. Im Wiborgquartier hat man schon angefangen, die Waffen auszugeben. Langsam, sich misstrauisch umschauend. Sonst wartet die Regierung... ärgert...

Aus Kronstadt kamen 3000 Matrosen. Abends werden sie die Nahenjunker entlassen. Gegen Kornilow marschieren Truppen. In der Rewa erschienen die Kronstädter Torpedoboote. Unsere, im Smolny-Institut wiederholte Bewegung. Sehr läßt es hier atmen... In den Arbeiterquartieren wartet man auf Waffen...

Tiere als Erben.

In dem Lustspiel "Duderpotts Erben", das dieser Tage in Dresden und in Berlin mit großem Erfolge in Szene ging, spielt ein Hund, der von einem Sonderling zum Erben eines großen Vermögens eingesetzt worden ist, die "Hauptrolle". Man begegnet nun hier und da dem Einwand, daß die Voraussetzungen für die Habel des Stüdes nicht sehr wahrscheinlich seien, da es niemand einfallen werde, einen Hund zum Universalerben von Geld und Gut zu machen. Dieser Einwand ist aber durchaus nicht stichhaltig, da es gar nicht selten vorkommt, daß in testamentarischen Tieren zu Erben großer Vermögen bestimmt werden, wodurch den natürlichen Erben wenn nicht Scholergerichte, so doch mindestens Verlegenheiten ganz eigentümlicher Art bereitet werden.

Eine solche "Tiererbischaft" erregte vor längerer Zeit in der Stadt Danzig und weit darüber hinaus nicht geringes Aufsehen. Es lebte in der Umgegend der Stadt in einem vikarartigen Gebäude ein altes Fräulein, das allgemein unter dem Namen "Händschulein" bekannt war. Die Dame hinterließ, als sie im Jahre 1887 das Zeitliche gesegnete, ein Vermögen, das fast eine Million Mark betrug. Diese ganze Summe vermachte sie ihren Hagen, und die Auslieferung des Vermögens sollte ihr bisheriges Dienstmädchen, das mit den Hagen sehr gut umzugehen verstand, haben. Die Erben forderten das Testament an mit der Begründung, die Verstorbenen sei bei Abfassung ihres letzten Willens nicht zurechnungsfähig gewesen; das Beweise schon ihre unnatürliche, krankhafte Vorliebe für Hagen. Sie wiesen ferner darauf hin, daß die Pflegerin, das ehemalige Dienstmädchen, schon mehrere Hagen, die zu reiten gewesen wären, hatte sterben lassen; sie habe also nicht im Sinne der Erblasserin für die Tiere georgt, was darauf schließen lasse, daß das Mädchen nach und nach sämtliche Hagen sterben lassen wollte, um sich selbst in den Besitz des großen Vermögens zu setzen. Das Mädchen hatte inzwischen seinen Liebhaber, einen Aufseher, geheiratet, und es kam schließlich, nachdem man zu der Einsicht gelangt war, daß ein Prozeß nur den Rechtsanwältinnen und den Gerichtsvögeln machen würde, zwischen dem jungen Ehepaar und den Verwandten der sterblichen alten Dame zu einer Einigung, wonach sie das Vermögen teilten.

Er klagt beim Volke.

In Rußland ist das Volk sehr vernichtet; bis sich aber Neues an dessen Stelle festwurzelt, wird geraume Zeit vergehen. Davor herrscht ein Uebergangszustand, von dem die nachfolgende Gerichtsverhandlung eine kleine Vorstellung gibt.

Vor der Zivilabteilung des Bezirksgerichts in Samara (das dem deutschen Landgericht entspricht) sagte eine Frau wegen Klammere. Nach Anhörung der Verhandlung beschloß das Gericht, das Urteil erst am nächsten Tage zu verurteilen.

Was für Einfall! Weshalb denn morgen? entgegen der Angellagte Romanow, ein Arbeiter von dem Möhrnenpalzwerk

Das Gericht gibt nach und erklärt, daß das Urteil in einer Stunde ausgesprochen wird. Es zieht sich zur Beratung zurück. In einer Stunde wird das Urteil verkündet und es lautet auf Zahlung eines Monatsbetrages von 25 Rubeln.

Der Angellagte gerät in Aufregung, stürzt zum Gerichtstisch, schlägt mit dem Stod auf den Tisch.

Was ist das für ein Gericht? Das ist die Willkür selbst. Ich erkenne das Gericht nicht an.

Sie können an das Kammergericht appellieren.

Ich mache mir nichts aus dem Kammergericht. Ich wende mich an die Volksbehörde. Wo ist die Altenmappe?

Der Vorsitzende zeigt: Die Altenmappe in Ihrer Gerichtsangelegenheit liegt hier.

Ist das alles?

Ja, alles.

Schon, ich nehme die Alten an mich. Und ruhig nimmt Romanow vor aller Augen seine "Alten" und entseht sich mit ihnen. Im Komitee der Volksbehörde gab man dem Mann zu verstehen, daß er unrecht habe, und man verwies ihn auf den für die Befestigung des Gerichtsbeschlusses vorgeschriebenen Weg. Romanow gab sich aber auch hiermit nicht zufrieden, sondern erklärte empört, daß er sich beim Volk beklagen wolle. Damit verabschiedete er. Was mit den Alten geworden ist, ist nicht bekannt. Das Gericht wandte sich an die Stadinnung mit der Aufforderung, die Alten ausfindig zu machen.

Das nationale Schuhwerk in Paris.

Nach langen Beratungen und Vorbereitungen hat endlich das angeklagte der auch in Frankreich herrschenden Lederknappheit geschaffene französische "Nationalschuhwerk" seinen Einzug in Paris gehalten. Der erste Verkaufstag machte, wie einer Schilderung des "Excelsior" zu entnehmen ist, Aufsehen. Schon lange warteten Käufer und Verkäufer auf das Eintreffen der ersten nationalen Schuhe, und jetzt endlich konnte eine Anzahl Pariser Läden bekannt geben, daß der Verkauf des neuen Schuhwerks eröffnet sei. Die Kaufleute suchten sich zu diesem Zweck einschleuderte Plakate mit der weithin sichtbaren Aufschrift: "Nationalschuhwerk". Schon der Anblick dieser Plakate hat genügt, um eine Anzahl Neugieriger herbeizulocken. Die Stiefel sind in zwei Schuhmodellen hergestellt, die Damenstiefel haben eine längliche Form, die Herrenstiefel sehen "amerikanisch" aus. Auch die Preise sind einbezüglich, nämlich 25 Fr. für ein Paar Herrenstiefel, 20 Fr. für Frauen- und 10 1/2 Fr. für Kinderstiefel. Da die Intendantur keinerlei Fälligkeiten befürchtete, wurde in jedem Stiefel ein "Nationalschulbescheinigung" eingelegt. Der Erfolg war am ersten Tage natürlich sehr groß, so daß viele Leute nach langem Warten unbedrückter Dinge wieder heimkehren mußten. Das ganze Angelegenheit — es handelte sich am ersten Tage in Paris nur um insgesamt 300 Paar Stiefel — wickelte sich höchst feierlich und mit einer Menge Formalitäten ab. So wie man die Nationalstiefel glücklich angezogen hatte und vor der Kasse stand, wurde man durch die Auforderung verblüfft, seinen Namen und seine Adresse in eine bereitliegende Liste einzutragen. Diese Listen müssen in allen mit Nationalschuhwerk handhabenden Läden geführt werden, da jedes Franzose nur das Recht auf ein einziges Paar Nationalstiefel hat. Im übrigen wurde die Zustellung des ersten Tages bereits gegen Abend getrübt, da sich allgemein das Urteil verbreitete, die Intendantur hätte unzureichenderweise für die Männerstiefel viel mehr Geschmacl entwicelt als für die Frauenstiefel.

Notizen.

Eine Belästigung der Nikolai-Kirche findet am Donnerstag, den 11. d. Mts., abends 8 Uhr, statt.

Vom russischen Büchermarkt. Infolge des hohen Papierpreises und der hohen Löhne für die Drucker und Binder sind die russischen Bücher so teuer geworden, daß ihr Erscheinen zu einer wirklichen Seltenheit geworden ist. Neue Bücher erscheinen fast nicht; Schriftsteller nur in ganz beschränktem und bedeutend vermindertem Umfange.

Papiere als Verkehrsmittel. Die Bank von Frankreich hat seinen neuen Juwelenkassenschein in den Verkehr gebracht, die der Zweck dienen sollen, durch ihren Bildschmuck die Gewinnung an die große Vergangenheit ständig nach zu erhalten. Man hat deshalb als Bildschmuck das Medaillonbild Napoleons mit der den Ritter kennzeichnenden Aufschrift "Ome Furcht und ohne Tadel" angedruckt. Uebrigens will man auf dem hier beschriebenen Wege nicht stehen bleiben, sondern es wird in der Pariser Presse der Wunsch ausgedrückt, die neue Hundertfranknote, entsprechend ihrem höheren Wertbetrage, durch das Bild der französischen Nationalheldin, der Jungfrau von Orleans, zu schmücken.

Die welsche Nachtigall.

Der Roman eines lebenden Jahrhunderts. Von R. Franck.

"Niemand mein' ich", beruhigte ihn der andere — "nur par exemple für Deine fränkischen Ideen habe ich geredet. Aber im Ernst, Breiter, Du darfst nicht glauben, daß ich den Denksibben abgeschrieben habe, diemell ich zum herzoglichen Sekretär geworden, es ist nur der Weg anders, nicht das Ziel, auf dem ich mir das Heil unserer Nation denke. Es sind auch in der Regierung Männer mit großem Herzen und reichlich idealem Sinn. Da hast Du meinen eigenen Maître, den Grafen Morawitz, ein echter Kavalier, der nicht einen Schatten von Unrecht sehen kann, noch weniger tun. Garnicht zu reden vom Duz selber."

"Ich mag den Kerl, Deinen Grafen, nicht anschauen mit seinem Knopfmacherischen Tun," knurrte Weißer, "hab' ihn erst heut' abend gesehen wie einen verschammerierten Hasen dahinschleichen — der Kerl sieht aus wie ein rammelnder Kater."

Und durch kein Argument ließ er sich von seinem Widerwillen abbringen. Ja, die Achtung vor der Obrigkeit seines nun in Amt und Würden emporgestiegenen ehemaligen Stubengenossen und Mitbruders im Anzugsorden christopholischer Oberherrn, die wahre Verehrung, die jener namentlich für den Grafen hegte, erfüllte ihn sogar mit einer Art Befürchtung. Wie um ihrer Herr zu werden, schlang er seinen Arm um den geliebten Freund.

"Bruder, warst doch immer ein honoriger Burck, daß ich jeden als infamen Hundsfott maulschelleren will, der an Dir auch nur zweifeln wollte," sagte er mit fast fanatischem Ernst. "Was hat Dich nur so betört, daß Du den furchtbaren Volksbetrug nicht merkst, mit dem sie den armen Bauern hier im Land das Fell übers Ohr ziehen? Von der Wiege bis zum Grabe, 's ist alles das gleiche Vieb: goll' Käse, fron' und robat', sei ein Hund ohne Menschenrecht und Menschenstolz. Hoff weil sie es vor 1800 Jahren irgendwo erfunden haben, daß das eine "gottgewollte" Ordnung ist" — und bitter lachte er in das Dunkel hinaus, daß sich Solms, dem bei solchen Reden höchst unbehaglich zumute war, scheu umschah, ob nicht hinter einem Fenster am Wall sich ein Dauscher-

gesticht berge. Er wollte protestieren, doch der andere schnitt ihm das Wort ab:

"Neb' mir nicht, daß sie in unserer Regierung alles besser machen wollen, wozu sie erfahren, daß vielleicht gar Dein Jugendpfegeel Morawitz in der Nacht noch auf ist von Sorge um uns — gar nichts weißt Du, ich aber weiß, als ich von Sieben hergewandert bin, was ich gesehen im Kesselschen. — Da liefen einem die halbnackten Kinder nach und schrien und winselten, daß der Landesherr ihre Väter und großen Brüder nach Amerika an die Engländer verhandelt hätte und daß ihre armen und verlassen Mütter und ihre alten abgelebten Großväter das Land bauen müßten. In den Schloßern und Jirkeln, wo unsere Fürsten und Minister sitzen, da wissen sie freilich nichts, wach' himmelschreiendes Unrecht sie tausendfältig und stündlich am armen Volk begehen, dem sie die letzte Kuh als Steuer wegnehmen, die ehrbare Tochter zur Hure machen, dann mag sie der gräßliche Diener heuern, der so keine Ehr' mehr im Leibe hat, dem sie den Sohn nach Amerika verkaufen und alles beileibe nicht aus abgefeimter Bosheit und schlechtem Herzen und Hundsfotterei, nein immer hübsch legal, mit Gesetzen und den nützlichsten Sorgen Deines Grafen, in des Volkes Namen und Fürsorg'... Und ich kenn' keinen unter unseren Pfaffen, der das nicht gottgefällige Ordnung und Abhängigkeit nennt. Ich weiß schon, was Du sagen willst, nicht Deine Zeit' sind die Pest, nicht der Duz und der Comes und Baron und Minister, sondern das System ist's, das sie uns um den Hals gehängt wie ein Joeh ihrem Dausen, der für sie pflegt..."

Weißer hatte sich in eine solche Erregung hineingesteigert, daß ihm die Stimme überschlug und erstikte in den Tränen, die nun über sein blaßes, ehrliches Gesicht liefen.

Auch Solms war gegen seinen Willen ergriffen. Mit beiden Armen umschlang er den Freund, zog ihn an seine Brust — dann fuhr er unbeholfen über den Scheitel des kleinen Burckens und streichelte ihn wie ein Kind.

"Jahobus," sagte er betroffen, "das ist ja Giftsaat, die Du aus den Flugschreien aufgeschnitten, mit denen sie von Mainz und Sandau her unser gutes Vaterland überschwemmen."

"Von keinem hab' ich das aufgesehen," fuhr Weißer hoch, doch der junge Sekretär brühte ihn sagte nieder.

"Und trotzdem, ein Kern von Wahrheit steck' darin, was sie sagen. Das ist ja das Unglück! Ich fühl's selber und finde nur keine Worte, um es zu paden und auszureihen."

Ich möchte einmal diskutieren darüber, nicht jetzt, aber wenn ich meine Gedanken vorbereitete und mich gesammelt habe. — Ich kann es gar nicht auf mir sitzen lassen" und es durchriefelte ihn wie ein Glühwürmer — "wenn ich's nicht widerlegen könnte, wär' ich ja Mitschuldiger..."

Und bei diesem Anklang zwischen den Freunden blieb es — — Mitternacht schlug vom alten Turm der Kreuzkirche und wachte zum Aufbruch, denn von da ab hatte die Stadtguardia das Recht, jeden kurzerhand auf die Wache zu führen, der ohne Grund noch durch die Gassen ging. Mit schrillen Pfeifen respondierten die Wachen auf den Wällen und den Vorwerken und gaben einander das Abblüßungsszeichen, daß es wie ein mähender Geist tyrannischer Härte durch das Dunkel der Weltennacht lief, die zeitlos, jenseits von Menschenleid, trübende Ewigkeit darüber hinaus erfüllten ließ... Die Freunde wandten sich heimwärts und schon nach wenigen Schritten schied Reinhard von Weißer, der, am Donator wohnend, noch die ganze Stadt zu durchqueren hatte.

Weißer ärgerte sich über sich selbst. Nieher einmal war er zu nachts gewesen; wieder war ihm der Gaul durchgegangen, wie er es bei solchen Vorwürfen zu nennen pflegte. Er fürchtete ernstlich, den geliebten Jugendfreund, den er nach der langen Trennung, die dessen erste Praktikantentzeit in München mit sich gebracht, kaum erst gesehen, sich entfremdet zu haben... In Gedanken ging er dahin... So männlich, so überlegen, so reif und abgeklärt kam ihm der nur um zwei Jahre Ältere vor, er selbst dagegen sah sich so unreif. — Ein lächerlicher Prahlhans war er mit seinen Freiheitsphrasen und dann mit dem Rutschen vor allem, was da Nacht hatte auf Erden — ebenso laßhaft war er wie seine ganze Burckensherrlichkeit, die Solms auch so unbestimmt und selbstverständlich von sich abgab, wie ein verschlossenes Reich, und auf die er doch so stolz gewesen mit ihrem Kommit und ihrem unaubereiten Flausch und ihrer widerlichen Fotologie und den gemeinen Dazallen mit Handwerkerbürgern und Knippen, die nicht wert waren, daß ein ehrlicher Kerl sich nach ihnen umbreffe... Wie ein Gaul vornehmten Menschentums hatte es ihn gestreift und er maß in seinem Gefühl eine Distanz, die ihn erlöste ließ. Auch er wollte das bezwingende Gefühl von Hochachtung um sich verbreiten, daß ihm sein Freund einfältig und wenn er auch im Augenblick dessen Gebahren als pekuniarisch verachte, so meinte er doch im nächsten, daß dieses Dachen eine Maske für — Weib war. (Fortf. folgt.)

Der Erfolg hat uns recht gegeben. — Das die Antwort auf die Papstnote

Kein Aufgeben Belgiens

enthält, ist zu billigen; selbst wenn wir es aufgeben wollten, dürften wir das nicht sagen. Auch ich lehne die Formel ab, England auf die Krone zu zwingen. Aber auf die Friedensbank wollen wir England zwingen. Hindenburg hat zu einem neuen Durchbruch gemacht. Meine politischen Freunde werfen auf das entscheidende das Bestehen, das Volk in Vaterlandsliebe und Nichtwaterlandsliebe zu teilen. (Lebhafte Beifall links, bei den Nationalisten und im Zentrum.) Nur in der Einigkeit, der Liebe zum Vaterland ist Deutschland unüberwindlich. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Graf Westarp (L.):

Sowohl die Papstnote wie auch ein Teil der jüngsten Ausführungen des Grafen Czernin werden den Lebensinteressen Deutschlands nicht gerecht. Der Gedanke der allgemeinen Abrüstung und des allgemeinen Schiedsverfahrens hat etwas Ideales an sich, aber der Traum vom ewigen Frieden ist eben doch nur ein Traum. Wirkliche internationale Abkommen über Abrüstungsbeschränkungen können als Resultat dieses Ringens aus den Friedensverhandlungen nicht herauskommen, das beweisen jahrhundertlange Erfahrungen. (Beifall rechts.) Der ganze Haß und die Vernichtungswille, mit dem die Welt und besonders gegen uns ankämpft, wird nicht so bald wieder vergehen werden. Daher sind die Abrüstungs- und Schiedsgerichtsgedanken gerade für Deutschland besonders gefährlich. (Sehr richtig! rechts.) Der Abrüstungsgedanke kann daher bei den Friedensverhandlungen nicht zur Debatte gestellt werden. (Sehr richtig! rechts.) Was der Staatssekretär gestern über Eliaß-Lothringen sagte, war ausgezeichnet und hat die Zustimmung des ganzen deutschen Volkes. Aber es ist eine Verleumdung der richtigen Sachlage, wenn man es so hinstellt, als wenn Eliaß-Lothringen allein ein Hindernisgrund des Friedens wäre. (Sehr richtig! rechts.) Der europäische Kontinent muß befreit werden von der Tyrannei Englands und des mit ihm verknüpften amerikanischen Großkapitals. (Sehr richtig! rechts.) Das es nach diesem Kriege noch ein unabhängiges Belgien geben könne, ist eine Utopie. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Wapmann (D. Fr.): Auf keinen Fall darf in Zukunft Belgien Aufmarschgebiet unserer Feinde sein. Es gibt ein moralisches Recht auf Eroberungen,

und das haben wir, in deren Gebiet der Feind eingedrungen ist, auf unserer Seite. — Zur Schiedsgerichtsfrage ist zu sagen, daß ein großes Volk seine Lebensfragen nie der Entscheidung eines Schiedsgerichts unterwerfen kann.

Abg. Ledebour (L. Soz.):

Ueber seine Stellung zur Friedensresolution des Reichstages haben wir vom Reichskanzler nun schon die vierte Erklärung gehört; aber Klarheit über seine Stellung zu dieser Resolution und den Friedensfragen überhaupt ist auch dadurch nicht geschaffen worden. Erstausdrücklich war die Mehrheit, die hinter jener Resolution stand, damit zufrieden. Auch der Staatssekretär v. Bülowmann hat mit ausdrücklichen Worten nicht einen Bericht auf Belgien ausgesprochen, wenn seine Worte, außer Eliaß-Lothringen bestehe kein ernstes Hindernis für Friedensverhandlungen und eine solche Deutung zulassen. Auch Herr v. Bülowmann hat sich nicht völlig losgelöst von den bisherigen Methoden der Täuschungs- und Verneinungspolitik. (Präsident Dr. Koenig rügt diesen Ausdruck.) Die

Aufforderung des Grafen Lützow

an die deutsche Regierung, sie solle argentinische Schiffe entweder freilassen oder für spurloses Verschwinden sorgen, also mittamt der Rammkraft, ist das Infamste, was ich je gesehen (Zusammenbruch d. L. Soz.) und ich hoffe, daß dieselbe Empörung wie bei dem Saragossafall auch hier bei sich geltend macht. Auf solche Weise wird Deutschlands Ansehen aufs schärfste geschädigt. Ketten können wir es nur, indem wir von dieser Tribüne unsere Entrüstung über solche Schändlichkeiten zeigen. (Sehr richtig! d. L. Soz.) Aber das sind Auswüchse des Systems, das nur zu berechtigen ist, wenn die Diplomatie aus den Händen einer allwissenden Rasse und ihrer monarchischen Auftraggeber in die des Volkes übergeht. (Sehr richtig! d. L. Soz.) Ihre Unfähigkeit zeigt die deutsche Regierung auch bei der Ordnung der staatlichen Angelegenheiten in den von unseren Truppen besetzten Gebieten. In Polen, Litauen, Litauen begrüßt man sie als Befreier vom Kurenregiment. Aber statt der Freiheit brachte die deutsche Regierung nur ihren eigenen Bürokratismus dort hin. Es sind ja auch Bestrebungen im Gange, die baltischen Provinzen an Deutschland anzuschließen. Die Herren, die dafür eintreten, meinen fälschlich, es handelt sich um deutsche Länder. Ueber 90 Proz. der Bevölkerung sind nicht deutsch. In Riga speziell machen die Deutschen nur 1/3 der Bevölkerung aus. Will man etwa einen deutschen Prinzen hinschicken, der die Sache allein macht? Ja, hin zwar sehr für den Export von Prinzen (Weiterleit.) aber sie dürfen doch kein Unheil anrichten. — Wer noch mit einem weiteren Kriegsjahre rechnet, der stellt die Stimmung des Proletariats nicht in Rechnung. Wir stehen gegenüber dem diplomatischen Zusammenbruch

des gegenwärtigen Systems. Wir erleben die Höhenabwanderung des Kapitalismus. Die Proletarier aller Länder waren bisher nur Werkzeug und Opfer des Krieges. Jetzt dämmert in den Köpfen die Erkenntnis auf, daß das Proletariat dem Kriege ein Ende machen kann, sobald es entschlossen ist, seine Macht zu gebrauchen. Tauschen Sie sich nicht: der Gedanke eines vierten Kriegsjahres ist für das Proletariat unerträglich; wenn nicht in aller nächster Zeit die Regierungen zum Frieden kommen, so wird unter dem Druck der wachsenden Not in allen Ländern ein internationaler Waffenstreik mit elementarer Gewalt hervorbrechen, um den Frieden zu erzwingen. (Sehr wahr! bei den Unabh. Soz. Anruhe rechts.) Wenn das Proletariat so den Frieden herbeiführt hat, dann wird es auch stark genug sein, dafür zu sorgen, daß niemals mehr Dummkölbe oder Verbrecher die Welt mit einem solchen Kriege zu überfallen suchen. (Lebhafte Beifall bei den Unabh. Soz.)

Abg. Mumm (D. Fr.): Die baltischen Provinzen haben jahrhundertlang zu Deutschland gehört und verdanken ihre gesamte Kultur dem deutschen Geistesleben. Durch innere Kolonisation wird das Land auch eine in der Mehrzahl deutsche Bevölkerung erhalten. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Hecker (D. Fr.) nimmt die Politik des Fürsten Bialo an gegen seinen Parteifreund Hagemann in Schutz. Die Debatte schließt.

Es folgt die Interpellation Knitz und Genossen (Soz.) betreffend die

Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts.

Die Interpellation begründet

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.):

Eine große Anzahl von Beschwerden zeigt, daß für die Arbeiter das Versammlungsrecht vollständig aufgehoben ist. Es herrscht einfach Diktatur und Willkür. Entgegen allen Zusicherungen und Versprechungen müssen selbst Zirkulare der Gewerkschaften an ihre Zahlstellen den Generalkommandos vorgelegt werden. (Hört! hört! d. L. Soz.) Nicht nur bei den sozialdemokratischen Parteien, auch den Gewerkschaften wird das Werden von Mitgliedern verboten, aber die neue Vaterlandspartei kann ungehindert ihre Propaganda treiben. Selbst in Mitgliederversammlungen wird nicht gestattet, daß Redner aufstehen, wenn sie den Generalkommandos nicht vorher angegeben sind. In der Verordnung des ersten

Generalkommandos heißt es, daß Versammlungen aufzulösen sind, wenn sie die Einigkeit des deutschen Volkes stören. Danach müßte jede Versammlung der Vaterlandspartei verboten werden. (Sehr wahr! links.) Meinen Parteifreunden ist die

Erörterung von Friedenszielen

in Versammlungen nicht gestattet. So wird jede Auffklärung verhindert. Naturgemäß ruft dieser Zustand eine fortgesetzt steigende Erbitterung in der Bevölkerung hervor. (Sehr richtig! d. L. Soz.) Das hiesige Generalkommando verfügt, daß Vereine, deren Zweck gegen die Interessen der Kriegführung beschaffen, aufzulösen sind. Wir wissen ja, was heute alles als gegen die Interessen der Kriegführung verstoßend erachtet wird. Und der Gipfel ist, daß es in der Verordnung heißt: die Auflösungsvorgänge sind nicht aufsehbar. (Lebhafte Hört! hört! d. L. Soz.) Versammlungen, in denen über das Hilfsdienstgesetz gesprochen werden soll, werden von diesem und anderen Generalkommandos für genehmigungspflichtig erachtet.

Wie die Verfügungen und ihre Handhabung in der Praxis wirken, dafür ein Beispiel. Im Bezirk des Nordkommandos von Breslau brach im Juni ein unbedeutender Bergarbeiterstreik wegen Ernährungsnotlagen aus. Die Gewerkschaften wollten unter den Arbeitern ein Flugblatt verteilen, worin diese auf das unzulässige eines solchen milden Streiks hingewiesen wurden. Das Generalkommando verbot den Druck, da das Flugblatt geeignet sei, in den Kreisen anders denkender Arbeiter Beunruhigung zu erregen. (Lebh. Hört! hört! d. L. Soz.) Nun griff der Streik um sich, aus dem einen wurden mehrere Dutzend in diese unorganisierten Arbeiter nicht hineingubringen, aber schließlich waren ihnen Forderungen doch zu erkennen, und sämtliche Gewerkschaften, der polnische Bezirksverein, die Hirsch-Dunderschen, die arbeitslosen und die freien Gewerkschaften, nahmen sich der Forderungen an und gewannen die Arbeiterauschüsse für etwas verminderte Forderungen. Es war aber den Gewerkschaften nicht möglich, zu den Arbeitern selbst zu sprechen und sie zur Aufnahme der Arbeit bei Erfüllung der verminderten Forderungen zu bewegen. So kam es, daß zwar am 6. Juli die Vereinbarung zustande kam, der Streik aber erst am 16. Juli beendet war. In dieser Woche hat das Generalkommando die Kohlenförderung in Oberschlesien volle 10 Tage unterbunden. (Lebhafte Hört! hört!)

Bei den Mitgliederversammlungen des Rattowitzer Bergarbeitervereins kontrolliert ein Gendarm, ob auch wirklich nur Mitglieder zugegen sind. In Oberschlesien wurden zwei Vergleiche, die dort eine Zahlstelle des Bergarbeiterverbandes gestiftet hatten, plötzlich eingezogen. (Hört! hört!) Die Bergverwaltung reklamierte sie und es stellte sich heraus, daß die Militärbehörde sie auf Aufhebung der Ortspolizeibehörde eingezogen hatte. (Hört! hört!) Den polnischen Berufsvereinen in Oberschlesien wird verboten, in Versammlungen über ihre Lage und das Hilfsdienstgesetz zu verhandeln. Verbote man dort lieber den Bergwerken, über die Erhöhung der Kohlenpreise zu verhandeln. (Sehr auf!) Selbst gemeinsame Besichtigungen werden den Gewerkschaften verboten. (Hört! hört!) Nach dem Verbot einer Versammlung wurde dem Einberufer verboten, künftig überhaupt noch Versammlungen einzuberufen, zugleich wurde ihm verboten, dies Verbot des Generalkommandos bekanntzugeben. (Hört! hört!) In Oberschlesien ist verboten worden, in einer gemeinsamen Mitgliederversammlung über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion zu berichten. In Gelsen wurde vorgeführt, daß schriftliche Anträge zunächst

dem überwachenden Polizeibeamten

eingereicht sind, bevor sie zur Verhandlung kommen. (Hört! hört!) In einem Falle erging das Verbot, Ausbrüche wie Krieg ohne Ende usw. zu brauchen. (Weiterleit.) Vom Bezirkskommando 8 des 6. Armeekorps wird allen Reklamierten verboten, an Versammlungen teilzunehmen. (Hört! hört!) Nach einer Bekanntmachung des 7. Armeekorps wird bestraft, wer Arbeiter in Betrieben der Bergverwaltung zum Wechsel der Arbeitsstelle auffordert. Davorhin wurde es einem Gewerkschaftsbeamten unmöglich gemacht, für die Aufrechterhaltung des Tariflohns einzutreten. (Hört! hört!) Und mit was für Kleinigkeiten beschäftigen sich die Generalkommandos. In einem Haß wurde ein Einberufer, der lautete: „Jedermann ist freundlich eingeladen“, verändert in: „Jeder Parteifreund ist freundlich eingeladen.“ (Weiterleit und Hört! hört!) Trotzdem ist diese Versammlung noch verboten worden. Das Oberkommando in den Marken hat den Berliner Metallarbeiter die Wahl ihrer Ortsverwaltung unmöglich gemacht. Die Unabh. Sozialisten verbieten nun, das Geschehe zu unseren Gunsten, und leider wird das von einem Teil der Arbeiter gelohnt. Wir lehnen sehr einen Schluß des Oberkommandos auf das entscheidende ab. (Sehr gut! d. L. Soz.) Vom Kriegsministerium ist auf die Generalkommandos eingewirkt worden, von der Befugnis des Versammlungsverbotes

weitesten Gebrauch

zu machen, auch sollen Arbeiter nicht mehr reklamiert, sondern nur beurlaubt werden. (Hört! hört!) Das entspricht nicht den bei der Beratung des Hilfsdienstgesetzes gemachten Zusicherungen, auf deren Erfüllung wir bestehen müssen. Aber im Kriegsministerium hat sich manches geändert, dort ist mancher verschwand, der soziale Ansichten hatte. Das Breslauer Oberkommando sagt in einer Verfügung: Nahrungsmitteleinlagen können nicht die Ursachen von Streiks sein. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Schritte, die die Militärverwaltung gegenüber den Arbeitern zeigt, sollte sie gegen diejenigen Unternehmer aufbringen, die prinzipiell jede Verhandlung mit den Arbeitern ablehnen. Nehmen Sie die Vermittlung der Gewerkschaften ab, glauben Sie mit der Diktatur zum Ziel zu kommen, so werden die Gewerkschaften den Schaden nicht haben, aber jede Verantwortung weisen wir zurück. Im Kriegsministerium ist die sozialpolitische Einsicht nicht mehr vorhanden, die erforderlich wäre, dort eine Fesslung zu finden war. Aber Deutschland ist kein Aferensland und der Zustand der unbeschränkten Gewalt der Generalkommandos ist eines freien Volkes unwürdig. Das militärische Regiment, das sich im Innern gegen die eigenen Landesländer richtet, schlägt uns die Stimmung tat, die wir in dieser harthen Zeit brauchen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Stein:

Ich stehe sozialen Fragen durchaus nicht fern. Sie sind für mich ein völlig neutrales Gebiet. Ich habe dabei für alle Parteien das gleiche Interesse; meine persönlichen Anschauungen kommen dabei nicht in Frage. Wenn zu einer gewissen Zeit die Versammlungsverbote in Oberschlesien usw. scharfer gehandhabt wurden, so hing das mit dem Kohlenstreik zusammen, der uns immerhin einige hunderttausend Tonne Kohlen gekostet hat, die wir dringend brauchen. Nachdem allmählich wieder Ruhe eintrat, ist auch eine mildere Handhabung eingetreten. Ich wundere mich doch, daß der Redner nur Angriffe vorgebracht hat, während wir doch bekannt ist, daß die meisten Generalkommandos im besten Einvernehmen mit den Gewerkschaften arbeiten. Mißgriffe werden natürlich immer vorkommen, das gebe ich ohne weiteres zu. Wenn geklagt worden ist über ungleiche Behandlung der Versammlungen der verschiedenen Parteien, so habe ich da einen besseren Hebel, weil die Beschwerden aller Parteien, soweit sie nicht vorher erledigt werden, zu mir kommen. Und da kann ich Ihnen sagen, daß recht kräftige Beschwerden, und zwar nicht wenige auch von alldeutschen Vereinen kommen. — Auf die vorgebrachten Einzelfälle kann ich natürlich nicht eingehen, sie sind mir zum größten Teil unbekannt. Ich will Ihnen aber bekannt geben, was von mir den Generalkommandos befohlen worden ist, als nach dem Streiks eine gewisse Ruhe eintrat:

„Es kann nicht als zulässig bezeichnet werden, wenn durch zu scharfe Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts Unruhe unter die Arbeiterklasse gebracht wird. Die Möglichkeit, die wirtschaftlichen Interessen der von ihnen vertretenen Berufsgruppen wahrzunehmen, muß den Gewerkschaften ebenso wie den anderen Arbeiterorganisationen gewährleistet sein. (Bravo!) Es wird daher erachtet, die erlassenen Bestimmungen so zu handhaben, daß nicht unnötige Schwierigkeiten entstehen. Die Anmeldefrist für Vorträge und Versammlungen darf nicht zu lange bemessen werden. Diskussionen sind zulässig, aber anmeldepflichtig. Der Begriff Arbeiterstreik darf nicht zu eng gefaßt werden. Die Besprechung der Kohlen- und Lebensmittelfragen ist hierherzuzählen. Bekannte, zuverlässige Persönlichkeiten brauchen weniger scharfen Bestimmungen unterworfen zu werden als Fremde oder solche Einberufer von Versammlungen, von denen von vornherein anzunehmen ist, daß ihr Auftreten verheerend oder ruhestörend wirken würde.“

Ich glaube, auch die Herren Sozialdemokraten werden mir zustimmen müssen, daß viele Beschwerden seit geraumer Zeit auf friedlichem Wege schnell gelöst worden sind. Natürlich kommen immer wieder Schwierigkeiten vor, aber wenn uns die Hilfe aller Beteiligten sicher ist, so werden wir, glaube ich, wenn in diesem Sinne gearbeitet wird, doch den Frieden, der uns im Innern nötig ist, aufrechtzuerhalten. Wenn uns allerdings von irgendeiner Seite Schwierigkeiten gemacht werden, so würde ich natürlich wieder in die Lage verkehrt sein müssen, scharfere Maßnahmen zu ergreifen. Ich würde aber wünschen, daß das im Interesse aller vermieden werden kann.

Auf Antrag des Abg. Ebert (Soz.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen. Die Besprechung wird auf Vorladung des Präsidenten verbunden mit der Erörterung der Fragen der Schußhaft und des Belagerungszustandes.

Abg. Schürmer (S.):

Die scharfen Maßnahmen bei den Generalkommandos dotieren seit dem Aufheben des General Ermer. (Hört! hört!) Die beim Hilfsdienstgesetz genehmigten Versprechungen werden nicht eingehalten. (Hört! hört!) Wie müssen solche Versammlungsverbote — auch die arbeitslosen Gewerkschaften sind davon betroffen — auf die Stimmung der Arbeiter wirken; sie haben den Eindruck, daß die Generalkommandos sich zur

Schutzgruppe der Unternehmer

aufwerfen. So lange die Unternehmer frei schalten und walten können und ungeheure Kriegsgewinne machen, dürfen auch die Arbeiter nicht verhindert werden, Lohnforderungen zu stellen. (Sehr richtig!)

Die Weiterberatung wird auf Donnerstag 10½ Uhr pünktlich vertagt. Vorher Nachtragsrat, Interpellation des Zentrums über den Mittelstand, dritte Lesungen. Schluß 8¼ Uhr.

Vertagung des Reichstags.

Nach einer Vereinbarung im Seniorenkongress wird der Reichstag sich bis zum 5. Dezember vertagen. Der Präsident erhält die Ermächtigung, falls es erforderlich sein sollte, den Reichstag schon früher zu berufen.

Zusammentritt des preussischen Landtags.

Der preussische Landtag wird am Dienstag, den 16. Oktober, wieder zusammentreten; doch werden in der ersten Zeit nur wenig Vollsitzungen abgehalten werden. Das Schwergewicht der Verhandlungen des Abgeordnetenhauses wird zunächst in der verstärkten Staatshaushaltskommission liegen, welcher der von allen Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialdemokratie unterzeichnete Antrag über den Stand der Versorgung mit Kohlen und mit Lebensmitteln erliegt. Es besteht die Absicht, diesen Antrag ohne Erörterung der Kommission zu überweisen und im Plenum nur Fragen von untergeordneter Bedeutung zu erledigen. Die Wahlrechtsvorlage wird, entgegen den Meldungen einiger bürgerlicher Blätter erst in den letzten Tagen des Oktober oder in den ersten Novembertagen eingebracht werden.

Wann kommt der Frieden?

In politischen Kreisen zirkuliert seit einiger Zeit die Frage: „Wann kommt der Frieden?“ Antwort: „Nach Michaelis.“ Offen wir, daß das Scherzwort recht behält. Denn kommt der Frieden sehr bald!

Schutz der Heimarbeiter.

Nach einer im „Reichsanzeiger“ erschienenen Verordnung treten am 1. Januar 1918 die Paragraphen 3 und 4 des Hausarbeitsgesetzes in Kraft. Die bezeichneten Paragraphen verbieten den Ausbaur der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Räumen, in denen die Arbeit ausgeübt bzw. abgenommen wird, ferner die Ausschüttung von Lohnbüchern und Arbeitszeitteln auf Kosten des Auftraggebers.

Die „Aufklärung“ an der Front.

Uns wird von der Front ein Flugblatt zugesandt, als dessen Verfasser der Schweizer Pfarrrer Wollger bezeichnet wird. Darin wird gegen die Reichstagsmehrheit in folgenden Tönen polemisiert: „Aber nachdem sie Gott aus drei Räten errichtet hat, ist nun für die Deutschen die vierte und schlimmste gekommen: im Innern ist ein Feind aufgestanden. Deutschland, das bei seiner Einigkeit so herrlich dastand, ist unter Führung der Reichstagsmehrheit, bereit, als ein törichter Chau all die im heißen Kampf gewonnenen Vorteile für ein Liniengericht oder auch gar für nichts hinzugeben.“

Die Soldaten werden so über die wahre Stimmung in der Schweiz getäuscht. Es wird ihnen nicht gesagt, daß Pfarrrer Wollger unter hunderttausend Schweizern auch nicht einen Gefinnungsgenossen findet. Das Flugblatt soll, wie uns geschrieben wird, in Massen an der Front verbreitet werden.

„Ueber den Frieden ist genug geredet.“

Mit diesen Worten lehnte der Oberbürgermeister von Düren (Rheinland) die Hergabe des städtischen Parkgates zu einer öffentlichen Versammlung ab, die unsere dortigen Genossen veranstalten wollten. Die Versammlung mußte insofern in dem eine Stunde entfernten Birkesdorf stattfinden. Trotz des weiten Weges, trotz strömenden Regens, und obwohl die bürgerliche Presse die Aufnahme einer Anzeige abgelehnt hatte, war die Versammlung glänzend besucht. Die Dürener Einwohnerschaft ist offenbar anderer Meinung als ihr Oberbürgermeister.

Letzte Nachrichten.

Der Streik der russischen Eisenbahner. Petersburg, 10. Oktober. (Reutermeldung.) Da ein Regierungsdekret erwidert wird, in dem die Hausforderungen der Eisenbahner bewilligt werden, hat der ausführende Ausschuss beschlossen, den Streik heute zu beenden.

Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

Teuerungszulagen im Glasergewerbe.

Als am 5. April d. J. bei den Verhandlungen zwischen dem Verband der Glasereien u. verw. Gewerbe von Berlin und den Vororten und dem Zentralverband der Glaser (Zentralstelle Berlin), in denen die Teuerungszulage von 6 auf 10,80 M. festgesetzt wurde, der Lohnkommission der Arbeitnehmer das Versprechen abgenommen wurde, für dieses Jahr mit derartigen Anträgen nicht mehr zu kommen, zeigte es sich auch in diesem Fall wieder, daß sich die Verhältnisse als starker erweisen. Durch das immer weitere Steigen der Preise aller notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel, griff schon seit langem ein immer höher werdender Hammut unter den Kollegen Platz. Am 15. September wurden die Kollegen in dem Betriebe der Firma J. Salomonis wegen Erhöhung des Lohnes oder der Teuerungszulage vorstellig. Herr Salomonis lehnte dies unter Hinweis auf die Konkurrenz ab. Nun hat die Firma Vergrößerung von Militärarbeiten auszuführen, es sind ihr Melamierter und Gefangene von der Heeresverwaltung übermieten, somit also als zur Kriegsindustrie gehörig zu betrachten. Einen Abwehrschein seinen Leuten auszustellen, glaubte Herr Salomonis sich nicht für berechtigt, da die Melamierten nur in überwiegen wären. So blieb den Kollegen nichts anderes übrig, als ihre Sache vor dem Kriegsamt zu machen. Am 21. September kam es dann auch zu Verhandlungen vor dem Kriegsamt, in denen Herr Salomonis und dem Vertreter der Unternehmerorganisation anbegehrt wurde, zu versuchen, von Organisationswegen mit den Arbeitnehmern eine Einigung herbeizuführen. Sollte dies nicht möglich sein, so würde der Kriegsamt nach 14 Tage später ein Urteil fällen. Leider schienen aber jene beiden Herren bei dem Vorstand ihrer Organisation mit diesem Vorschlag des Kriegsamt keine Gegenliebe gefunden zu haben, denn bis zum 26. September ist der hiesigen Ortsverwaltung des Glaserverbandes keine Benachrichtigung betr. einer Sitzung der beiderseitigen Lohnkommission zugegangen. Infolgedessen sah sich der Vorstand der Zentralstelle gezwungen, nun seinerseits einen Antrag an die Unternehmerorganisation zu stellen, es möchte eine Sitzung der Lohnkommission angeht werden. Dem Antrag wurde stattgegeben und am 1. Oktober fand die beantragte Sitzung statt. In dieser Sitzung wurde der bisherige Lohn von 1,15 M. inkl. Teuerungszulage auf 1,35 M. und vom 1. Januar 1918 auf 1,40 M. festgesetzt. In der am 5. Oktober abgehaltenen zahlreich besuchten allgemeinen Versammlung der Glaser Groß-Berlins wurden den Kollegen diese Abmachungen zur Kenntnis gebracht. Obwohl in der darauffolgenden Diskussion verschiedentlich zum Ausdruck gebracht wurde, daß ein einigermaßen auch nur annähernder Ausgleich zwischen dem am 6. Oktober in Kraft tretenden Lohn und der wirklichen Preislage des Lebensmittelmarktes noch lange nicht erzielt ist, erhob sich kein Widerspruch gegen die Festlegungen der Lohnkommission.

Die Lohnzulage in der Wäsen-, Kleider- und Wäsche-Konfektion.

In einer vom Schneiderverband am Montag abgehaltenen öffentlichen Versammlung der in der Wäsen-, Kleider- und Wäsche-Konfektion beschäftigten Arbeiterinnen führte der Referent Knopp aus, daß die für das ganze Gewerbe vereinbarte Lohnzulage von den Arbeitgebern in der Wäsen-, Kleider- und Wäsche-Konfektion nur in wenigen Fällen gezahlt wird. Die Fabrikantenorganisation dieser Branche hat zwar beschlossen, daß ihre Mitglieder die vereinbarte Zulage von 25 Prozent zahlen sollen, aber nur wenige Firmen halten sich an diesen Beschluß. Wo es geschieht, da werden die Zuschläge angeblich in die Stücklohnzüge eingerechnet. Das ist eine unzulässige Berechnung. Den Arbeiterinnen muß vielmehr der

Zuschlag von 25 Prozent zu dem erzielten Wochenverdienst gezahlt werden. Die bei Zwischenmeisterin beschäftigten Arbeiterinnen haben außer den 25 Prozent noch die auf Grund der Bundesratsverordnung zu gewährenden 10 Prozent, also im ganzen einen Zuschlag von 35 Prozent auf den verdienten Lohn zu beanspruchen. Meistens erhalten sie aber nur einen Teil des Zuschlages, oder auch gar nichts. Die Zwischenmeisterin, die von den Fabrikanten den vollen ihnen zukommenden Zuschlag erhalten, machen dabei ein gutes Geschäft, indem sie die Zulage in die Tasche stecken und die Arbeiterinnen leer ausgehen lassen. Diese Benachteiligung ist für die Arbeiterinnen um so empfindlicher, da sie im günstigsten Falle etwa 28 M. in der Woche verdienen, während der Mindestlohn für die Arbeiterinnen in der Wäsen-, Kleider- und Wäsche-Konfektion, die ihnen zustehende Lohnzulage von 25 bezw. 35 Proz. von ihren Arbeitgebern zu fordern, sich zu diesem Zweck in Werkstattbesprechungen zusammensetzen und erforderlichenfalls die Hilfe des Schneiderverbandes zur Durchführung der Forderung in Anspruch zu nehmen.

Die Kassenboten der Deutschen Post

nahmen in einer vom Verband der Bureauangestellten einberufenen und sehr gut besuchten Versammlung Stellung zu ihren gegenwärtigen Lohnverhältnissen. Es wurde darauf hingewiesen, daß das Gehalt der fest angestellten Kassenboten sowie auch der Lohn der Auswärtigen durchaus unzureichend sind. Die letzteren erhalten nur 45 M. pro Woche ohne irgendwelche Nebenbezüge. Ein angestellter Kassenbote bezieht nach 40jähriger Dienstzeit 170 M. pro Monat, wozu im vergangenen Jahre noch 545 M. Gratifikationen und Lohntiere kamen.

Nach eingehender Aussprache beschloß die Versammlung einstimmig, folgende Forderungen aufzustellen und mit deren Vertretung den Arbeiterausschuß zu beauftragen: 1. Für die angestellten Kassenboten Erhöhung des Gehalts um 20 Prozent, 2. für die Hilfskassenboten Erhöhung des Anfangslohnes von 45 auf 55 M. pro Woche, Steigerung des Lohnes nach 1/2-jähriger Beschäftigung auf 60 M., nach 1-jähriger Beschäftigung auf 70 M., 3. Festlegung einer achtstündigen Arbeitszeit für sämtliche Boten und Bezahlung der darüber hinausgehenden Arbeitszeit sowie der Sonntagarbeit mit 1 M. pro Stunde. Für Expeditionsarbeiten am Sonntag soll dieselbe Entschädigung wie für die übrigen Beamten gezahlt werden.

Deutsches Reich.

Die Lohnbewegung in der Solinger Stahlwaren-Industrie

hat mit einem Erfolg der Arbeiter geendet, der als befriedigend bezeichnet werden kann. Die Arbeiter waren vertreten vom Deutschen Metallarbeiterverband, dem Solingen Industriearbeiterverband und dem Christlichen Verband. Die Verhandlungen wurden kompliziert durch eine Eigenmächtigkeit der Solinger Industrie. In vielen Arbeitszweigen stellen die Arbeiter manches zu der Arbeit notwendige Material (Schleifsteine, Polierscheiben, Leder, Öl und manches andere). Alle diese Produkte sind ungeheuer im Preise gestiegen, so daß nach dem Maße, in dem in den einzelnen Branchen diese Materialien zu beschaffen sind, auch die Teuerungszulagen bemessen werden mußten.

Man einigte sich dahin, daß in den Branchen, die kein Material zu stellen haben, auf die Friedensstarke eine Zulage von 60 Prozent gewährt wird. Die Branchen, bei denen die eigene Materialversorgung der Arbeit minimal ist, erhalten eine Teuerungszulage von 65 Prozent. Bei den Branchen, bei denen die Materialversorgung erheblich ist (bei Schleifern, Reibern, Feilern, Abziehern usw.) beträgt die Zulage 75 Prozent. Die neuen Lohnvereinbarungen treten am 15. Oktober in Kraft.

Zwei am Abend des Verhandlungstages abgehaltene General-

versammlungen des Deutschen Metallarbeiter- und des Industriearbeiterverbandes erklärten zu den erlangten Zugeständnissen ihre Zustimmung.

Parteinachrichten.

Obstruktion der U. S. P.

Die unabhängige Presse läßt seit Monaten, das gleiche Wohlrecht in Preußen sei nicht, die Parlamentarisierung alles. Für diese Parlamentarisierung kämpft Ledebour im Hauptausschuß des Reichstages bei jeder nur möglichen Gelegenheit mit leidenschaftlichem Eifer. Im Verfassungsausschuß aber stimmt Stadthagen als Vertreter der U. S. P., wenn es an die praktische Anbahnung der Parlamentarisierung der Regierung geht, mit den Heubrand und Westarp stramm dagegen. So hat er sich jüngst, als der Antrag zur Verhandlung stand, Artikel 9 der Reichsverfassung aufzuheben, der die Unbereinbarkeit des Reichsstaatsmandats mit der Mitgliedschaft beim Bundesrat festsetzt, also die Reichstagsabgeordneten automatisch von den Staatssekretärstellen im Reich ausschließt, mit Nein gestimmt. Dieser Widerspruch, diese Selbstzerstörung der ganzen unabhängigen Propaganda geht selbst der „Vergifteten Arbeiterstimme“ zu weit, welche schreibt:

Der wesentliche Teil von Stadthagens Ausführungen ist zweifellos richtig, doch sind wir der Meinung, daß auch diese „Parlamentarisierung“, die durch die beantragte Streichung möglich gemacht worden wäre, ein Stückchen Fortschritt ist; deshalb hätte die Fraktion dafür stimmen sollen. Es war von jeder Grundlage in parlamentarischen Leben der Partei, die Vorlagen abzuwägen, ob sie der Arbeiterklasse nutzen oder schaden. Ueberwiegt der Nutzen, dann werden sie angenommen. Ausnahmen machen natürlich Vorlagen, die wie der Tropfen auf einen heißen Stein, also gegenüber der Bedeutung der Sache eine Richtigkeit sind. Eine solche Richtigkeit akzeptieren, hieße der Arbeiterklasse wirklich Sand in die Augen streuen. Im vorliegenden Falle scheint uns diese Ablehnungspflicht nicht zu bestehen, trotzdem es sich um eine Richtigkeit handelt, weil die Kleinigkeit immerhin vollständig getan wird.

Dieses Seitenstücken über die Vorzüge Richtigkeit, Kleinigkeit und Tropfen auf den heißen Stein ist für die Leute charakteristisch, die zu jedem praktischen Fortschritt schon arbeitsunfähig sind. Jeder einzelne Fortschritt ist nur ein einziges Steinchen, aber aus unzähligen, derartigen Steinen, baut sich das Haus der Zukunft.

Anträge zum österreichischen Parteitag

liegen bereits vor. Darunter sind solche auf Erhöhung des Mitgliedsbeitrages und auf obligatorische Einführung der Parteipresse. Verschiedene Anträge fordern sozialpolitische Aktionen der Fraktion, einer wünschenswert bedingungslos Zustimmung der sozialistischen Parteien der Zentralmächte zur Erörterung der Schulfrage auf der Stockholmer Konferenz.

Jugendveranstaltungen.

Gesundbrunnen. Die Arbeiterjugend kommt von jetzt ab regelmäßig jeden Donnerstag von 8-10 Uhr und Sonntags von 4-10 Uhr im Lokal von Wils, Schullstr. 74, zusammen. — Am kommenden Donnerstag findet eine Besprechung mit Vortrag statt.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittags. Kahl, vorwiegend heiter, aber noch sehr unbeständig, mit wiederholten geringen Regenschauern.

Verantwortlich für Holstein: Erich Kattner, Berlin; für den übrigen Teil des Reiches: Alfred Scholz, Hamburg; für Unterelbe: Th. Gode, Berlin. Druck u. Verlag: Conrad's Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Carl Singer & Co., Berlin SW.

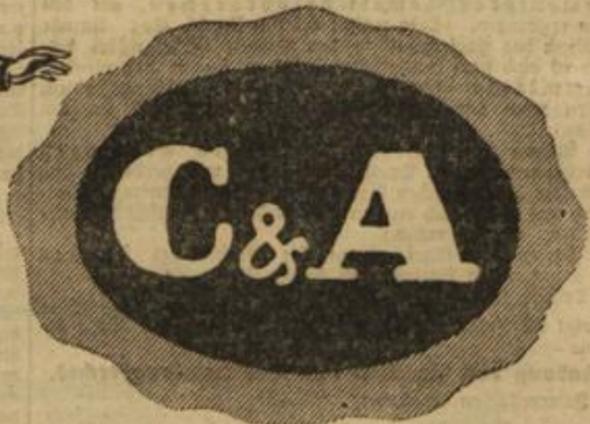
Preis 1 Bogen und Unterhaltungsblatt.



Sicht & Luft

sind - besonders unter den heutigen Verhältnissen - das Beste für unsere Kleinen.

Drum hinaus mit ihnen ins Freie - und ein warmes Mäntelchen schütze sie gegen Wind und Wetter!



Kindermäntelchen

aus flauschiger, molliger Diagonstoffware. Häßliche lose Form mit abknöpfbarem Gurt und warmen Taschen. Größe 5-7 Jahre . . . **34.-** andere Größen entsprechend

Eleganter Samtmantel

häßliche anliegende Form mit modernem Kaninchenfell, weik glöckiger Schoß. Sehr kleidsam. . . **182.50**

Entzückender Mantel

aus la rierem Stoff, dessen Samttragen und mollige Taschen mit Pelzrollen verbrämt sind. Größe 6-8 Jahre . **16.50** andere Größen entsprechend.

Rönigstr. 33 Chausseestr. 119

Am Bahnhof Alexanderplatz Beim Steintiner Bahnhof

Sonntags geschlossen.